

Bezugspreis:

Mittels 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Voll“ mit „Siebung und Kleinigkeiten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Raumzeile 0,70 Goldmark, 10 Zeilen 7.- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (außer zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote des ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Erdemstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 29. Oktober 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Verkehrsconto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Devotienkassendamm 3

Keine Schiebungen . . .

. . . sagen die Deutschnationalen!

Die Deutschnationalen veröffentlichen ihren Wahlauftrag Nummer zwei. Es geht bei ihnen eben nichts mehr ganz, sonder: immer nur in zweimal fünfzig Prozent. Einen Aufruf haben sie nun, der auf die dümmsten antisemitischen und nationalistischen Instinkte spekuliert, und einen, den sie hervorziehen können, wenn sie wieder eine Bürgerblockschöpfung vorhaben — was ihnen freilich der 7. Dezember verderben wird. Nummer zwei ist etwas vorsichtiger formuliert wie Nummer eins, etwas auslegungsfähiger, in den entscheidenden Punkten aber enthält er das selbe. Außenpolitisch kommt der Wille zur Sabotierung der Dawes-Gesetze in folgenden Sätzen zum Ausdruck:

„Die Dawes-Gesetze sind jetzt hinderndes Recht. Ihre Ausführung, die die Notwendigkeit einer Widerung unserer Lasten erweisen wird, verlangt wachsame, mannhafte Vertretung des deutschen Standpunktes, damit Reich und Volk nicht in wirtschaftliches Elend versinken und unsere tapferen Brüder und Schwäger im besetzten Gebiet endlich wieder die Freiheit erlangen.“

Die reaktionäre innenpolitische Zielsetzung ist gleich der des ersten Aufrufs. An Verlogenheit läßt auch Aufruf Nummer zwei nichts zu wünschen übrig. Wir heben folgende Sätze hervor:

„Eine Teilung des Volkes in Besitzende und Besitzlose ist mit dem Grundgedanken jeder Volksgemeinschaft unvereinbar.“

Das von der Partei, die im Bürgerblock die Diktatur der Besitzenden über die Besitzlosen errichten will und den Brotwucher zur Ausbeutung der Besitzlosen propagiert. Weiter:

„Der Handarbeiter ist für uns gesellschaftlich und politisch vollberechtigter Staatsbürger.“

Beweis: sie haben Herrn Windler, einen der gefähigsten Verfechter des Dreiklassenwahlrechts in Preußen, zum Parteivorsitzenden gemacht.

Wütender Haß gegen die Sozialdemokratie, Kampf gegen Severing, Bekenntnis zur Monarchie ist der Rest neben einer kindlich-naiven Auffassung von Demokratie:

„Nach demokratischem Prinzip, das unsere Gegner hoch und heilig preisen, hatte der Reichspräsident einen der unserigen zur Bildung der neuen Regierung zu berufen. Das hat Herr Ebert nicht getan. Auch in der Zwischenzeit ist uns der gebührende und zugesicherte Anteil an der Regierung verweigert worden. Das geschah, weil zum Schiedsrichter über unser Recht vom Reichskanzler die keine sterbende Partei der Demokraten erhoben wurde.“

Sie haben ja nun den höchsten Schiedsrichter nach demokratischem Recht für ihr „Recht“ — das Volk. Es heißt in diesem Aufruf:

„Der Volkswille darf nicht durch Schiebungen ausgeschaltet werden.“

Ausgezeichnet: weil sie durch Schiebungen unter Ausschaltung des Volkswillens zu Ministerstellen gelangen wollten, wird jetzt an den Volkswillen appelliert. Was beschweren sie sich noch?

Heute so, morgen wieder anders.

Die Deutschnationalen und die Wahrheit.

Die Deutschnationalen haben ein besonderes Verhältnis zur Wahrheit. Heute ist für sie Wahrheit, was morgen für sie Lüge ist. Sie wissen am Abend nicht mehr, was sie am Morgen gesagt haben. Man wird bald die alte Redensart: „gelogen wie telegraphiert“ umändern in „gelogen wie ein Deutschnationaler“. Ihre Drehungen und Wendungen seit dem 29. August sind nicht mehr zu zählen. Auf dem Zentrumsparteitag gab der Abgeordnete v. Guérard eine Darstellung der Verhandlungen vom 28. und 29. August. Aus seiner Darstellung ergeben sich folgende Tatsachen:

„Am 28. August verhandelten v. Guérard und Dr. Sammers (Str.) mit den Deutschnationalen Hergt, Graf Westarp, von Lindeiner. Hierbei stellte v. Guérard zwei Fragen. Erstens: ob die Deutschnationalen bereit seien, die Führung im neuen Kabinett März zu überlassen, zweitens, ob sie bereit seien, die unbedingte Fortführung der Außenpolitik zu garantieren und auch Stresemann im Amt zu lassen. Beide Fragen wurden von den deutschnationalen Unterhändlern mit einem unbedingten Ja beantwortet.“

Am nächsten Tage, dem Tage der Abstimmung, kam Graf Westarp zu v. Guérard und erklärte: Wir verlangen den Kanzlerposten. Von Guérard wies diese Forderung sofort als undiskutabel zurück. In dieser Zumutung habe er einen völligen Bruch dessen gesehen, was am Tage vorher besprochen war. In einem Briefe Hergts seien alle die am Tage vorher besprochenen Dinge entstellt wiedergegeben worden. In einer Besprechung mit dem Abgeordneten Westarp und Lindeiner hat Graf Westarp Herrn v. Guérard, der darauf aufmerksam machte, daß der Inhalt dieses Briefes unwahr sei, erklärt, daß seine (Guérards) Darstellung die richtige wäre.“

Sie haben am 28. August März befallen wollen, am 29. August haben sie seinen Kopf gefordert. Am 28. August sind sie einen Handel eingegangen, am 29. August sind sie wortbrüchig geworden und haben sofort durch eine Lüge — die Westarp selbst eingestehen mußte — die Unehrlichkeit zu verdecken gesucht. Es ist dieselbe Methode, mit der jetzt Westarp den Handel um die Ministerstelle beschönigen will. Herr von Guérard und das Zentrum haben das besondere Verhältnis schon am 29. August kennen gelernt. Warum haben sie weiter verhandelt?

Sowjetrußland von Frankreich anerkannt.

Paris, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der an den russischen Volkskommissar für Aeußeres gerichtete Justspruch, in dem die französische Regierung die rechtliche Anerkennung der Sowjetregierung mittelst, ist am Dienstagmittag abgegangen. Die französische Regierung erklärt darin, die föderative Republik der Sowjets und ihre Regierung de jure anzuerkennen und schlägt die sofortige Aufnahme der diplomatischen Beziehungen durch Entsendung von Botschaftern vor. Die Anerkennung ist bedingungslos ausgesprochen, doch enthält die offizielle Mitteilung eine formelle Rechtsverwahrung zugunsten der aus dem Vertrag mit den früheren Regierungen Russlands sich ergebenden französischen Ansprüche und Rechte. Die russische Antwort wird noch im Laufe des Dienstagabend erwartet und soll zusammen mit dem französischen Telegramm sofort nach ihrem Eintreffen veröffentlicht werden.

Die dritte Feststellung erfolgt.

Paris, 28. Oktober. (WTB.) Die Reparationskommission veröffentlicht folgendes Kommuniqué: Gemäß § 3, Artikel 3, Anhang 2b des am 19. August 1924 in London getroffenen Abkommens hat die Reparationskommission einstimmig beschlossen, zu erklären, daß das in Artikel 1 des Anhanges 2b festgelegte Programm zur Wiederherstellung der fiskalischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands von der belgischen und französischen Regierung am 28. Oktober durchgeführt worden ist. Damit ist die vorgelebene dritte Feststellung erfolgt.

Fernwirkung deutscher Revanchephrasen.

Dänischer Faschismus im Grenzgebiet.

Kopenhagen, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem schon vor einiger Zeit die Kopenhagener Reaktionen zur Bildung eines freiwilligen Grenzschutzkorps in Nordschleswig und Sü-

land aufgerufen hatten, sind unsere dortigen Genossen nun hinter ein chauvinistisches Komplott gegen die sozialdemokratische Regierung in ihrer Abrüstungs- und Friedenspolitik gekommen. In heimlichen Sitzungen in Tondern und Lingby haben dänische Chauvinisten beraten, wie sie der Regierung zu Leide gehen können. Zunächst sammeln sie Unterschriften für einen Aufruf an das dänische Volk, daß das neugewonnene Nordschleswig eine starke Militärmacht gegen die angeblich bevorstehende deutsche Revanche erhalte. Die Chauvinisten haben reichlich Material in den deutschen nationalistischen Kreisen gesammelt und führen Stahlhelmdreden und andere deutschnationalistische Drohungen in der Nordschleswigfrage als Beweis für die Erzfeindschaft Deutschlands an. Den deutschnationalen und deutschpöhlischen Revanchephrasen kann Deutschland danken, wenn es den dänischen Chauvinisten gefangen sollte, eine Militaristische Dänisch-Nordschleswig durchdrückt! In Kopenhagen herrscht große Erregung über die Verpflanzung faschistischer Methoden nach Dänemark.

Mussolini gegen Gewalt . . !

Rom, 28. Oktober. (WTB.) Aus Anlaß des zweiten Jahrestages des Marsches auf Rom hat der Ausschuh für Verfassungsreform unter dem Vorsitz des Senators Gentile, ehemaliger Unterrichtsminister, seine erste Sitzung abgehalten. Gentile leitete eine Botschaft Mussolinis mit, in der betont wird, die Verfassung solle man nicht gewaltsam ändern (!), sondern vollständig und erneuern, da sie schon 75 Jahre alt sei. Er bittet den Ausschuh, er solle bei seinen Arbeiten sich nicht scheuen, sei es in Abänderungen, sei es in Beibehaltung der gegenwärtigen Verfassungsbestimmungen.

Die Ermordung des früheren bulgarischen Ministers Daskaloff in Prag, die mit den Mordmorden an den Bauernparteilern in Bulgarien innerlich zusammenhängt, hat jetzt zum zweitenmal das Schwurgericht beschäftigt. Der Mörder Gifonoff ist zu 20 Jahren schweren Kerkers verurteilt worden.

Wahltag in Großbritannien.

Die konservative Wahlbombe.

E. W. London, den 27. Oktober.

Die vergangene Woche hatte, wie deutlich durch das Lügengewebe des Wahlkampfes hindurch festzustellen war, eine entscheidende Verschiebung zugunsten der Arbeiterpartei gebracht. Die Aussichten des Labours waren bis Freitag als außerordentlich günstig zu bezeichnen, wenn man das wahre Trommelfeuer in Betracht zieht, das auf die Partei Macdonalds eröffnet worden war. Es war klar geworden, daß es sich als aussichtslos für die beiden bürgerlichen Parteien erwies, durch den Kinderspiel des Campbell-Falles oder durch den Hinweis auf die Gefahren des Bolschewismus die Arbeiterschaft vor dem russischen Vertrage bange zu machen. Darüber hinaus aber waren die Aussichten der Arbeiterpartei dadurch vergrößert worden, daß die Konservativen immer deutlicher erkennen ließen, daß sie, falls sie die absolute Mehrheit wiedererlangen würden, auf die Neuaufrollung der Schutzollfrage nicht verzichten würden. Das hatte auf die echten Liberalen unter den liberalen Wählern einen tiefen Eindruck gemacht, die Neigung überall dort, wo für sie nur die Wahl zwischen konservativen und einem der Labour Party angehörigen Kandidaten offenstand, konservativ zu wählen, verringerte sich von Tag zu Tag. Es war am Freitagabend völlig klar geworden, daß — dieser Alternative gegenübergestellt — ein großer Prozentsatz der Liberalen sich der Wahl völlig enthalten oder ihre Stimme dem Kandidaten der Arbeiterpartei geben würden. Die konservative Denunziation der Arbeiterpartei als „verkappte Bolschewisten“, als „Werkzeuge Moskaus“ war mißlungen. Ganz offen wurde in konservativen Kreisen das mögliche Versagen eines Teiles der Wählererschaft durch Indifferenz am Wahltag zugegeben.

Am Sonnabend explodierte die große konservative Wahlbombe, die nur mit jenen phantastischen Höllenmaschinen zu vergleichen ist, die am Vorabend der amerikanischen Präsidentschaftswahlen zu explodieren pflegen. Sie hat die politischen Haupt- und Nebenquartiere in einen Zustand geradezu ungeheuerlicher Erregung versetzt. Es war vom ersten Augenblick an klar, daß damit eine Krise im Wahlkampf eintreten würde. Die Konservativen atmeten erlöset auf. Das eine der beiden belangreichen Sonntagsblätter, der „Observer“, glaubte geradezu eine „Katastrophe für die Arbeiterpartei“ feststellen zu können, während die „Sunday Times“ konstatierte, daß überhaupt kein die Arbeiterpartei mehr schädigendes Dokument hätte publiziert werden können als das Schreiben Sinowjews an die englischen Kommunisten. Wichtiger aber als dies ist die Tatsache, daß am Sonnabend und Sonntag sich auf Grund dieses Briefes eine unbeschreibliche Flut von Verleumdungen, Beschimpfungen in Hunderten von Versammlungen der englischen Reaktion auf die Arbeiterpartei ergossen hat in der bewußten Absicht, der Autorität der Labour-Regierung und der Arbeiterpartei einen Schlag zu verfehlen, von dem sie sich in den zur Verfügung stehenden drei Tagen nicht mehr würde erholen können.

Der Tatbestand selbst, in eine schier undurchdringliche Wolke eingehüllt, sei mit möglicher Kürze festgestellt: Im Besitze des Auswärtigen Amtes befand sich seit einiger Zeit ein von Sinowjew im Namen der kommunistischen Internationale und dem englischen Mitglied der Moskauer Exekutive, Mac Manus, gezeichneter Brief, in dem die Hauptlinien einer „großzügigen“ kommunistischen Propaganda, insbesondere in Heer und Marine, dargelegt werden. Der Brief selbst ist eines jener typischen kommunistischen Dokumente, wie sie sich zu Dutzenden in den Politzeichnungen sämtlicher kontinentaler Staaten befinden. Die Echtheit dieses Briefes ist jedoch fragwürdig, verschiedene Institutionen der 3. Internationale sind falsch bezeugt — das könnte immerhin auf Kosten einer falschen Bezeugung gehen. Der Haupteinwand besteht jedoch darin, daß in diesem Dokument die 3. Internationale ausgerechnet das sagt, was die englische Bourgeoisie von Moskau hören will, um den Feldzug gegen Macdonald erfolgreich führen zu können. Auf diese Weise stellt der Brief oder angebliche Brief einen lächerlichen Beweis für alle die bourgeoisen Anschuldigungen über die „Abhängigkeit Macdonalds von Moskau“, der Moskauer Loyalität gegenüber der Propagandakampagne des Vertrages, der bolschewistischen Gefahr in England selbst dar, und zwar das alles in so komprimierter und vollständiger Form, daß der angebliche Aufgabegort dieses Briefes, nämlich Riga, kritisch stimmen muß. Die Auffassung maßgebender Personen ist also keineswegs von der Hand zu weisen, daß es sich entweder um eine „gelaufte“ Arbeit handelt, bei der das Auswärtige Amt hereingelegt worden ist, oder, was noch wahrscheinlicher ist, daß es sich um eine von gewissen Konservativen bestellte Arbeit handelt, ursprünglich dazu erzeugt, um Macdonald beim Kampf um die Ratifizierung des russischen Vertrages im Unterhaus zu stürzen, nunmehr zum ähnlichen Zweck im Wahlkampf verwendet, und zwar, um durch Bloßstellung Moskaus in diesem Augenblick Macdonalds Kampf um den russischen Frieden entscheidend zu unterminieren.

Die „Daily Mail“, die erbitterteste Feindin Mac-

donalds, die in den letzten Wochen ihre persönliche Hehe gegen ihn aufs Krupelste geführt hat, ist auf irgendeine unfaubere Weise in den Besitz dieses Dokumentes gekommen und hat nunmehr unter Hinzulegung aller politischen Rücksicht, die eine Zurückhaltung bis zur Klärung der Angelegenheit verlangt hätte, aus purem Haß gegen Macdonald sich für die Publikation fünf Tage vor der Wahl entschlossen, in der Hoffnung, damit Macdonald und der Arbeiterpartei den entscheidenden Schlag zu versetzen. Da sie aber selbst nur zu gut wußte, daß eine Publikation in ihren eigenen Spalten beinahe wirkungslos verhallen würde, bot sie den kostbaren Text der gesamten englischen bürgerlichen Presse am Freitagabend an. Als hieron der zuständige Ressortchef im Auswärtigen Amt erfuhr, entschloß er sich ohne ausdrückliche Genehmigung Macdonalds, diesen Schlag durch amtliche Veröffentlichung des Moskauer Briefes und einer Note an Rußland zu parieren. Damit war das Auswärtige Amt und Macdonald, wollte er seinen Referenten nicht verleugnen und sich dadurch als Staatssekretär des Aeußeren unmöglich machen, auf die Echtheit der Dokumente festgelegt. Der historische Tatbestand war damit geschaffen.

Man muß der „Daily Mail“ und ihren Hintermännern zugeben, daß sie dank einer Stupetoseigkeit, der kein Mittel zu schlecht ist, dank einer beispiellosen Gerissenheit, in einem Augenblick, in dem eine Gegenaktion kaum mehr möglich scheint, eine Lage geschaffen hat, in der der Gegner nur zwischen zwei Uebeln zu wählen hat. Selbst im günstigeren Falle blieb eine wahlstatistische Schädigung unvermeidlich; nehmen wir an, der Sinowjew-Brief wäre ohne die Note des Auswärtigen Amtes (die Macdonald leider nicht decken mußten) veröffentlicht worden. Als Folge hätte sich eine unbeschreibliche Hehe gegen Macdonald eingestellt, der es versäumt habe, Moskau zur Verantwortung zu ziehen. Was hätte es aber geholfen, in solcher Situation die Fragwürdigkeit des Dokumentes festzustellen? Jeder Versuch in dieser Richtung wäre infolge der Einigung der gegnerischen Presse wirkungslos verhallt. Auf der anderen Seite aber bedeutet die amtliche Veröffentlichung des Dokumentes gleichzeitig mit einem scharfen britischen Protest die nie wieder gutzumachende Anerkennung der Echtheit eines zweifelhaften Dokumentes, und das ist vielleicht vom wahlstatistischen Gesichtspunkt aus für die Arbeiterpartei noch schlimmer.

Die Reaktion spricht von einer katastrophalen Wirkung der Publikation. Sie scheint nur zu sehen, was sie zu sehen wünscht. Der Schlag ist auf gewisse schwankende Liberale und auf die fluktuierenden Wählerklassen nicht ohne Wirkung geblieben. Das bedeutet unter Umständen Verlust von Sitzen. Der Grundstod der Labour Party aber, die Arbeiterschaft, hat diesen Schlag gegen Macdonald als einen Schlag gegen sich selbst empfunden und das erbärmliche Spiel der Reaktion durchschaut. Sie steht heute fester, einmütiger und kampfbereit als je hinter ihrer Partei.

Ryloff über den angeblichen Sinowjew-Brief.

Moskau, 28. Oktober. (Russische Telegraphen-Agentur.) Der von seinem Kurassentat im Süden Rußlands zurückgekehrte Präsident des Rates der Volkskommisäre Ryloff erklärte in einer Sitzung der Zentralkommission, daß das Zentralkomitee in der Frage des Vertrages mit England festgelegt habe, die von der Sowjetunion gemachten Konzessionen hätten den äußeren Punkt erreicht. Zu der Angelegenheit des Sinowjew-Briefes erklärte Ryloff, daß die Sowjetregierung die Briefe der kommunistischen Internationale nicht kontrolliere (?) und daß sie nicht für den Briefwechsel verantwortlich sei, den diese mit den verschiedenen kommunistischen Parteien führe. Doch jetzt handle es sich nicht um diese Frage, sondern darum, daß mit absoluter Sicherheit festgestellt werde, daß der fragliche Brief niemals geschrieben und niemals vom Präsidenten der kommunistischen Internationale Sinowjew unterschrieben und abgeschickt wurde. Der Brief sei eine Fälschung zu Wahlzwecken und bezwecke den Kampf gegen die englische Arbeiterpartei, gegen die Sowjetunion und gegen den Vertrag mit England, außerdem habe man Grund zur Annahme, daß die Fälschung das Ziel verfolge, die sich günstig gestaltenden Be-

ziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion zu schädigen. Es sei klar, daß die reaktionären bürgerlichen Klassen versuchen, die öffentliche Meinung gegen Sowjetrußland zu mobilisieren.

London, 28. Oktober. (W.T.B.) „Daily News“ zufolge ist das Vertrauen des Auswärtigen Amtes in die Echtheit des Sinowjew-Briefes nicht im geringsten wackelhaft, weder durch die letzte russische Note noch durch Macdonalds Rede erschüttert worden.

London, 28. Oktober. (W.T.B.) „Daily Telegraph“ erklärt, es sei unmöglich, die Tatsache anzugeben, daß die Aussichten der Konservativen am Vorabend der diesmaligen Wahl weit besser seien als am Tage vor den Wahlen des Vorjahres.

Auch Sinowjew äußert sich.

Moskau, 27. Oktober. (W.T.B.) Bei einer Unterredung mit Pressevertretern erklärte Sinowjew u. a., der ihm zugeschriebene Brief vom 15. September 1924 sei eine Fälschung vom ersten bis zum letzten Wort. Sinowjew weist auf den Teil des angeblichen Briefes hin, in dem von der militärischen Sektion der englischen kommunistischen Partei die Rede ist, und sagt, es existiere keine militärische Sektion in der englischen kommunistischen Partei. Die Hinzuziehung begabter militärischer Spezialisten sei für die englische kommunistische Partei nicht dringlich. Sie habe dringendere Aufgaben, und zwar die Gewinnung der Mehrheit der englischen Arbeiter für ihre Sache mittels Agitation und Verbreitung marxistischer Ideen. Sinowjew verweist bei den Worten: „Die britische kommunistische Partei stützt sich auf die Bewegung der Arbeiter in den Gewerkschaften und arbeitet daran, die Ansichten der kommunistischen Internationale durch Propaganda in die weiten Massen zu bringen, und erklärt, es bestehe kein Zweifel, daß die englische kommunistische Partei dies mit immer größerem Erfolg (?) vollbringen werde, denn sonst würde die Bourgeoisie im Kampfe mit ihr keine solche außerordentlichen Mittel einsetzen müssen, wie die Dokumentenfälschung. (Ach, Herr Sinowjew, stellen Sie sich nicht dümmer als Sie sind: Sie wissen sehr genau, daß die englischen Bürgerblockanhänger mit ihrer „Enthüllung“ nicht die englische Kommunisten-„Partei“, sondern die große Labour-Party und die Regierung Macdonalds treffen wollen. Die ganze Angelegenheit beweist nur, daß die Moskauer Internationale von der Reaktion in allen Ländern als Fülle benutzt wird, um die Arbeiter zu erschrecken und den Sozialdemokraten zu schaden. Red. d. B.) Die Enthüllung des angeblichen Briefes des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale sei mit der Berechnung gemacht, daß die Antwort des Komitees nicht zeitig genug einlaufen könnte, denn bis zu den Wahlen in England seien nur noch zwei Tage. Es sei nicht schwer zu verstehen, warum einige Führer des liberal-konservativen Blocks zu einem solchen Mittel griffen wie die Dokumentenfälschung. Es sei aber schwer zu verstehen, warum das Foreign Office, das sich noch unter der Führung Macdonalds befinde, es nicht verdammt habe, eine so grobe Fälschung anzuwenden.“ (?) Sinowjew fuhr fort: „Wir unterkreuzen schon vor, daß die Angelegenheit des angeblichen Briefes durch englische Gewerkschaftler untersucht werde, indem eine Kommission, die vom Generalrat der englischen Gewerkschaften ernannt werden soll, alle Dokumente verlange und ihre Entscheidung treffe, die wir bedingungslos anerkennen werden. Durch diesen Vorschlag hoffen wir am besten, allen Unparteilichen zu beweisen, daß wir die Unterjochung dieser Angelegenheit nicht fürchten, und daß das uns zugeschriebene Dokument eine Fälschung ist.“ Weiter teilte Sinowjew mit, daß laut Nachrichten aus ziemlich glaubwürdigen Quellen die Fälschung des Briefes aus polnischen Kreisen stamme.

J. S. Thomas über die Absichten der Arbeiterregierung.

London, 28. Oktober. (Eigenes Drahtbericht.) Kolonialminister Thomas, der in Derby über die sich nach den Wahlen ergebende Lage sprach, führte dabei aus, das Kabinett werde keineswegs sofort abdanken, sondern mit einer Thronrede, in der das Regierungsprogramm erneut auseinandergesetzt wird, vor das Parlament treten und dieses zwingen, über dieses Programm abzustimmen. Dadurch werden die fortschrittlichen Elemente im bürgerlichen Lager zweifellos in eine peinliche Situation kommen.

Auch der Vorabend der Wahl wird beherrscht von dem Briefe Sinowjews. Wenn auch die von der Reaktion erwartete vernichtende Wirkung unerschüttert ist, so ist dieses umstrittene Dokument, wie vorausgesehen war, in den Wahlkreisen, wo der Kampf lediglich zwischen Konservativen und der Arbeiterpartei ausgefochten wird, nicht ohne Eindruck auf die Liberalen geblieben. Aus ver-

schiedenen Wahlkreisen kommen in letzter Stunde Meldungen, monach lokale liberale Führer ihre Anhänger auffordern, in solchen Wahlkreisen den konservativen Kandidaten zu wählen. Die konservativen Abendblätter richten einen letzten Appell an die Wähler, ihre Wahlpflicht zu erfüllen. Die Apasie des Bürgertums im Kampfe gegen die Arbeiterpartei sei die ernsteste Gefahr dieser Wahl. Im übrigen wird der Berleumdungsfeldzug fortgesetzt.

Verfälschtes Bürgertum.

Die Quaasie der Demokratie.

Das liberale Bürgertum hat seit der großen sozialen Umwälzung durch die Inflation eine klägliche Rolle gespielt. Die Ideologie des Liberalismus erwies sich als kraftlos und matt gegenüber den neuen gesellschaftlichen Erscheinungen. Gegenüber den Mammutkonzernen und gegenüber der neuen Schulzollbewegung verlor die liberale Tradition. Schließlich gibt es nur noch ein großes Organ in Deutschland, das für sich in Anspruch nehmen kann, die Traditionen des Liberalismus hochzuhalten.

Es hat der Demonstration des Machtwillens der Deutschen seit den Reichswahlen bedurft, daß in der demokratischen Partei man sich auf die guten Traditionen des Liberalismus besann — nicht auf die seiner Verfälschung. Die Kampfstellung der demokratischen Partei gegen die deutschnationale Partei, die als loses Konglomerat von Mitläufern den festen Kern der alten Konservativen umgibt, entspricht der Tradition des Liberalismus aus besseren Tagen. Diese Stellung mußte durchgesetzt werden gegen die Kräfte in der demokratischen Partei, denen der Bürgerblock höher steht als der Liberalismus, und die sich lediglich besinnen können auf die Traditionen der Halbheit und Verfälschung des Liberalismus. Die Deutsche Volkspartei hat auf die Stellungnahme der Demokraten geantwortet mit dem Kampfruf zur Vernichtung des Liberalismus in Deutschland.

Kun wollen die Schiffer und Siemens eine „liberale Vereinigung“ gründen. Ironie der Weltgeschichte! Wiederbelebung des Liberalismus unter Anlehnung an die Volkspartei im Kampfe gegen die Demokraten, mit einem Programm für Bürgerblock und Schulzoll — das ist ihr Programm. Es drängt diese Kreise, die Quaasie der Demokraten zu spielen, und ein würdiges Seitenstück zu der famosen „Nationalliberalen Vereinigung“ zu liefern. Verfälschung, Grundlosigkeit und Würdelosigkeit stehen auf ihrer Fahne. Ihre Worte sind reichlich großsprecherisch, nur wird ihre Diversion zugunsten der Reaktion wenig fruchten.

Vom Wahlkampf.

Auf den offenen Brief des Professors Gerland an den Vorstehenden der demokratischen Partei antwortet Dr. Koch:

„Büßig falsch ist es zu behaupten, die Partei habe sich im Laufe der Zeit nach rechts gewandt. Das kommt nur denen so vor, die selbst nach rechts gegangen sind. Vielleicht darf ich Sie auch daran erinnern, daß Sie zu denjenigen gehört haben, die bei der Gründung der Partei Herrn Dr. Siegfmann u. a. den Eintritt verweigerten, weil Sie zu weit rechts gerichtet seien... Der Vorwurf, daß unsere Politik eine Politik der Halbheiten sei, ist aus Ihrem Munde grotesk. Ebenso lächerlich die Mahnung, meine Politik müßte zu vertreten, von Ihrer Seite ab.“

Die Parteileitung und die Wahlkreisvorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei hielten am Dienstag im Reichstagsgebäude eine gemeinsame Sitzung ab, in der die Kreis- und Reichswahlvorschläge der Partei eingehend besprochen wurden. Die endgültigen Listen sollen jedoch erst am Montag aufgestellt werden.

Der Demokratentag für Magdeburg-Anhalt stellte über das Ausscheiden von Dr. Schiffer und Dr. Böhm folgendes fest: „Schiffers Wiederaufstellung infolge seiner schwankenden Haltung sei sehr zweifelhaft gewesen. Ansonsten habe man Schiffer freiwillig davon in Kenntnis gesetzt. Böhm's Ausscheiden sei vom Standpunkt des Interessenpolitikers verständlich. Er habe

Tief unter der Sonne!

Von R. Osmar Treichel.

Waldig bricht im Osten der aufgehenden Sonne Purpur empor, diemal mein rödelbeschwerter Schuh auf hartem Pflaster schlägt. Auf den Dröhnen der Telegraphenleitung pfeifen die geliederten Frühauflieger mit frohen Morgengruß, und scheuchen mir den Schlaf aus milden Augen.

Mein und mehr belebt sich die Vorstadt. Und ich kenne sie alle, die mit mir die Straße ziehen. Weiß nicht ihren Namen, aber ihren Weg. Alle auf dem Weg der Pflicht, der verdammten!

Drüben klopft der alte Kumpel wie almorgens seine kurze Pfeife am Telegraphenpfeifen aus, um dann schneller hasten zu können. Und als sich seine Stirn während des Gehens in kraue Falten zieht, da rechnet er wohl aus, ob vom nächsten Sonntag wieder ein Päckchen vom „Billigsten“ abfällt.

Am Eingangstor des großen Straßenbahndepots begegnet mir wie immer die Frau mit den lachenden Augen, deren Mann auf dem „Filde der Ehre“ geblieben ist, und die hier wohl die Wagen von dem Unrat spät heimgekehrter Belegten zu säubern hat. Heute glänzen ihre Augen mehr denn sonst. Und da weiß ich, daß heute Jahrestag ist und ihre Kinder Freude haben werden. Jemandwo schreibt die Siene, die verhasste, mir Schauern in die Seele. —

Und ganz nah schon grüßt mich der Zehenturm. Durch das große, schmiedeeiserne Tor, das erste Wahrzeichen baldiger Weltabgeschiedenheit, trete ich vor die Markenausgabe, an der schon eine lange Reihe von Männern mit schlaftrunkenen Augen auf die blechene Arbeitsbescheinigung harrt. Und jedesmal, wenn metallenes Klirren erklingt, ist wieder einer ins Geschick gegangen. —

Als ich meine Warte in der Hand halte, fällt auf sie durch der Gebäude Spalten ein verirrter Sonnenstrahl. Und ich spüre das heiße Brennen des Metalls. —

Aus der Wäschkammer dringt mir schwer und schmutz der Staub entgegen und legt sich auf die Zunge.

„Gut! Gut!“ Mechanisch und mürrisch klingt der Gruß zurück, begleitet vom Rauseln der auf- und niederfahrenden Ketten, an denen die kohlenstaubvollen Arbeitskleider hängen.

Reich ist es Zeit bis zur Anfuhr. Nur hier heraus und noch Licht und Sonne und Luft schöpfen.

Der alte Invalide, der eines seiner Beine in der Grube verlor, rückt mit meine Lampe, und nun schreite ich auf die Höhe der Hängebank.

Schreite mit diesen anderen Männern, die alle das klosternde Lichtlein tragen, die 96 Eisenstufen empor, die ich einst in früher Stunde gezählt. Neben mir ist helteres Reuschen! Ein alter Invalide, der seit 49 Jahren alljährlich diesen Weg macht, ist fast am Ende seiner müden Kräfte. Auf der Hängebank liegt drückend noch der Staub des Gießens.

Noch einen letzten Blick werfe ich durchs staubbelagerte Fenster, und mit dem goldglühenden Gruß der Frühsonne im Herzen trete ich auf das Fördergestell.

Todesfahrt! Mit Rasen geh's hinab in die dräuende Tiefe, und junges und altes Leben verharret in großem Schmelzen.

Nur die Spurlatten singen trauende Begleitmusik. In den Ohren drückt die Luft.

Und ich sinke mit dem rasenden Sinken des Korbes in leeres Sinnen.

Da, die Sohle! Wieder Licht, Licht! Und wenn auch nur das der großen elektrischen Lampe des Schachtflores.

Wie von großer Bedrückung befreit trete ich aus dem Fördergestell, und schreite dann mit Wain, einem jungen Menschen aus einem einsamen Dörfchen im Osten des Landes, jene Straße, die Menschenhand in tausendjähriges Gestein gerieben. Drohend blicken jetzt die Steinkolosse auf uns zwei Menschen. Feindliches Sinnen ist in ihren ehernen Gesichtern.

Wain bogenhaft hat glückliche Augen, während er mir sagt, daß er heute zum letzten Male hier sein will.

Denn morgen fährt er zu seinem Wäterschen, und dann will er wieder unter leuchtender Sonne arbeiten und leben.

Vor und hinter uns sind tanzende Dämonen, die sich der Gangart des Trägers anpassen.

Und im Wassergraben gurgeln des Grundwassers Wellen... —

Stumm gehen wir so fürab.

Dampf dröhnen unsere Schritte im Querschlag.

Weit vor uns schwenkt ein einfaches Lichtlein, die anderen sind alle links abgelehrt.

Wir aber müssen weiter, und der dort hinten allein geht, ist unser Arbeitsgenosse, der lange Geograph. So wird er genannt wegen seiner großen Länderkenntnis, dieser große, gute Mensch, dessen Augen in die Welt blicken wie die eines Kindes.

Freundlich klingt sein „Gut! Gut!“, als mir ihn erweichen. Und als wir dann auf der Gehälte stehen und unser Brot verzehren, da redet Wain von seinem Wäterschen, seiner Heimat, und der Geograph von seinem Sohne, der ihm mit seiner Aufgewecktheit die hellste Vaterfreude bereitet. Beide trällern lustig vor sich hin, als sie in den Keller kriechen.

Ich aber klettere höher: hinauf, um an anderer Stelle das Gestein zu brechen.

Heiße Luft schlägt mir entgegen!

In Büschen zieht der Schweiß an meines Körpers Nacktheit hinunter. Und ermattet sink ich nieder.

Ich liege und träumel! Liege auf stehenden Steinen mit weit-offenen Augen beim spärlich klackernden Kompenstaken.

Ueber mir ist dräuendes, jauchendes Gestein.

Und des Gesteins ehrene Fülle wird zu grinsenden Gesichtern, die weiß solch Klage zu mir klingen!

„Warum reißest, Mensch, du uns aus langer Ruhe, reißest Städte du aus unfremdem Körper, der nun blutet? Kaufendes Leben und große Menschen sind über uns hingegangen. Tausend Jahre schliefen wir, und nun hast du uns gewedt, daß wir dich germaßen!“

Und während das Gestein in lotes Erstarren zurückinkt, dringt von irgendwo trachendes Gebirgsrollen.

Wo mag es sein? Dumpfes Schmelzen! —

Nur die Lammendämme, einst waldiger Höhen stolze Fier, lächen und schöhnen unter der gewaltigen Last, bis einst die Sehnsucht nach der Scemo ihnen das Herz bricht und sie mit lechtem Ausschrei zerbrechen.

Nachbrechendes Gestein spielt dann graufig schönem Todesmarsch... —

Clebermann über die Zusammenlegung der Kunstschulen. Prof. Max Clebermann, der Präsident der Akademie, sendet uns folgende Erklärung:

„Der amtliche Pressebericht der preussischen Regierung verbreitet, wie ich aus einer Berliner Zeitung ersehe, eine Notiz, durch die das Kunstreferat des Kultusministeriums gegen die Anträge, denen es wegen der Zusammenlegung der Hochschule für die bildenden Künste und der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums ausgelehrt ist, verteidigt werden soll. Hierbei werden zur Unterstützung des Ministeriums zustimmende Äußerungen von mir ins Feld geführt. Diese Hinweise sind richtig aber — unvollständig und daher ungeeignet, den Zweck ihrer Erwähnung zu erfüllen. Ich besand mich und besinde mich noch heute in voller Uebereinstimmung mit dem Ministerium über den Grundgedanken der Reform und einer räumlichen Zusammenlegung der beiden Kunstlehranstalten, nicht aber bezüglich der vollständigen Verschmelzung selber. Ich habe mit Bestimmtheit ausgesprochen, daß ich absolut dagegen bin, daß bei einer Zusammenlegung beider Anstalten die Hochschule für die bildenden Künste von der Kunstgewerbeschule verschlungen wird. Ich habe auch niemals das Ministerium darüber im Zweifel gelassen, daß die äußere Form der neuen Doppelanstalt, ihr Reglement nichts, dagegen dessen Ausföhrung durch eine geeignete leitende Persönlichkeit alles ist und daß ich den Absichten der Kunstverwaltung bezüglich der dieser geeigneten erscheinenden Persönlichkeit auf das Entschiedenste entgegenzutreten geronnen bin. — Die diesen Gegenstand verschweigende amtliche Auslassung ist daher irreführend.“

Bellshöhne. An die dritte Konzertsabstimmung können nach Mitglieder Aufnahme finden. Die erste Veranstaltung dieser Abteilung —

Tanzmalines Drei Belucca — findet am Sonntag, den 2. November, vormittags 11^{1/2} Uhr, im Theater am Salow-Platz statt. Die Abonnenten der 3. Abteilung haben ferner Anspruch auf das Konzert am 23. November, bei dem das Gademann-Quartett unter Mitwirkung von Maria von Bahlbes von der Kapelle Ober. Die junge Magd von Hindemith und Schönborg, Verkörte Recht zur Aufföhrung bringen wird. Am 11. Januar ist ein Konzert der Kapelle der Staatsoper unter Leitung von Generalmusikdirektor Emil Kleiber, ferner in eine Solistenmatinee und ein Chorkonzert vorgesehen. Abonnenten, die zum Besuche aller fünf Konzerte berechtigt sind, sind von Besuche von 5 Mk. in der Geschäftsstelle der Vollabteilung, in den Warenhäusern von Hermann Tief, Volkshausbuchhandlung Köpenicker Straße 68, und in den Zahlstellen zu haben.

fehlt den dritten Parteiwahl vollzogen. Was von Böhme zu halten sei, könne man am besten daraus beurteilen, daß er der Partei für die Wahlmahlen das Material gegen seine jetzige Partei geliefert habe. Die Stellung der Demokratischen Partei zum Bauernbund sei unverändert.

In der Schlussversammlung der Reichsjugendtagung der Deutschen Volkspartei in Korta hielt Reichstagsabgeordneter Dr. Hugo eine Ansprache, in der er u. a. sagte: „Das deutsche Volk tritt in eine internationale Bindung über den Achtstundentag ein, die mit dem Schiedsgericht des Völkerbundes. Es werde bald eine reinliche Scheidung der Geister kommen; entweder handle es sich um eine nationale oder um eine sozialistische Regierung. Es gelte, alle national gesinnten Kreise zu einem gewaltigen Heerzug zu sammeln gegen die Demokratie und den Sozialismus. Die Deutsche Volkspartei kämpft in der Wahlbewegung für den Bürgerblock mit der deutschnationalen Partei der Verlogenheit.“

Wie die „München-Augsburger Abendzeitung“ hört, hat sich Abgeordneter Pöhner von jeder Betätigung im völkischen Block zurückgezogen, und zwar nicht nur aus gesundheitlichen Gründen. Die Völkischen mögen untereinander streiten, sie zählen politisch bei dieser Wahl nicht mit, ihre Zeit ist vorbei.

Deutschnationale Terroristen. Gesellschaftliche Feme.

Die „Königsberger Volkszeitung“ ist in der Lage, einen Protokollauszug der ostpreussischen Ehrengerichtsstelle abzu- drucken, über deren Gründung wir vor längerer Zeit bereits berichtet haben. An der Spitze dieser Provinzial-Ehrengerichtsstelle steht der Landeshauptmann v. Brünne. Er ist selbstverständlich ein starker Deutschnationaler, sein Name ist ja durch die Untersuchungen über die Verfehlungen bei der Ostpreussischen Landesbank bekanntgeworden. Der Femeerlog lautet:

„Der Ehrenrat des Kreises Gerdaun, vertreten durch die Herren v. Haten (Rathorn), Bankvorsteher Rüper (Gerdaun), Edler v. Graewe (Kurkenfeld), Buntz (Ruhof-Romehnen) und Karl Schöffler (Wesslau) hat gegen den Rittergutsbesitzer Karol Gutzeit (R. Gnie) auf Ausschluß aus der Gemein- schaft vaterländisch gesinnter Männer erkannt. Dieser Spruch des Kreisehrenrates ist durch die Bestätigung des Provinzialehrenrates, vertreten durch die Herren Landeshauptmann v. Brünne, Eggelsen v. Berg (Mortienen), v. Verbandt (Wangenborf), Strömy (Worla), Graf zu Cullenburg (Gollin- gen) und Major a. D. Fiedler rechtskräftig geworden.“

Für die Provinzialehrengerichtsstelle: Der Landeshauptmann, geg. v. Brünne. Der preussische Minister des Innern hat die sofortige Einleitung einer Untersuchung veranlaßt, um festzustellen, ob der Landeshaupt- mann Brünne tatsächlich in seiner amtlichen Eigenschaft diesen Schritt unterzeichnet hat. Gegen den Terror der Deutschnationalen in Ostpreußen wird hoffent- lich mit aller Energie eingeschritten werden.

Sitzung des Landesgesundheitsrats.

Am 27. Oktober tagte im Ministerium für Volkswohlfahrt der Ausschuss A des Landesgesundheitsrates. Gegenstand der Ver- handlungen waren die vom Hauptauschuss des preussischen Land- tages von allen Parteien angenommenen sozialdemokratischen An- träge, die Regierung zu ersuchen:

1. gesetzgeberische Maßnahmen zur Errichtung einer Den- kmalstiftung in der Wege zu leben;
 2. die Zulassung der Zahnärztlichen zur Krankentassen- behandlung gemäß § 123 RVO, zu vertiefen und die Zulassung selbst von dem Besehen dieser Prüfung abhängig zu machen.
- Der Ausschuss setzte sich zusammen aus vier Regierungsbeamten, elf Vertretern der ärztlichen und zahnärztlichen Hochschulen und Behörden und aus vier anderen Mitgliedern des Landesgesundheits- rates. Es nahmen ferner teil als Sachverständige Vertreter ver- schiedener Reichs- und Staatsbehörden und Mitglieder des Land-

Das Hamburger Mädchen.

(Soldatenweife.)

In Hamburg versieren die Mädchen
des Braus ihrer Stimmen vom 4. Mai.

Ich will Euch mein Schicksal erzählen,
Wie traurig es geht auf der Welt:
Meinen Namen, den darf ich nicht nennen,
Denn ich bin ja ein völkischer Held.

In Hamburg, da bin ich gewesen,
Ich sah auf hochtrabendem Gaul,
Keine Wähler, die ha'm mich verlassen,
Denn ich wirkte allein mit dem Maul.

Aus München hat Hitler geschrieben:
„Lieber Bruder, ach kehre zurück!
Wir sitzen daheim in der Patzche,
Mit Ludendorff ha'm wir kein Glück.“

Da hab ich ihm wieder geschrieben:
„Nach München kehre niemals ich heim,
Keine Ehr' ist in Hamburg geblieben,
Wir geht keiner mehr auf den Bein.“

Bogen's Reichsbanner bin ich gezogen,
Zu fallen in offener Schlacht,
Davon spür' ich noch heut' meine Glieder —
Schwarz-Rot-Gold hat die größere Macht.

Was nützt mir in Hamburg das Leben,
Wenn die völkische Sache zerfällt?
Ich werd' mich in's Rheinland begeben,
Dort sucht Kollat Heiden für's Geld!

Mich, von Lindenheiden.

Ministeriumskongress. Sonntag, den 2. November, vormittags 10 Uhr, finden wissenschaftliche Vorträge im Kaiser-Friedrich-Museum (Vorderhof) — Dr. Seelisch — und im Museum Prinz-Albrecht-Str. 7 (Vor- und Hauptgebäude) — Prof. Götze — statt. Zutritt ist zu je 1 W. und vor Beginn am Eingang der genannten Museen in beschränkter Anzahl erlaublich.

Der Verein Berliner Künstler veranstaltet vom 2. November bis zum 2. Dezember eine Herbstausstellung. In der Halle des Vereins- mittelherzu sowie von glücklichen Gästen gezeigt werden. Die Ausstellung wird am Sonntag, den 2. November, mittags 12 Uhr, eröffnet.

Die Gemäldegalerie Carl Nicolai, Wilhelmstr. 20, eröffnet am 1. Nov. eine umfangreiche Kollektionsausstellung von Werken des Malers Helmuth Barnack, eines Entfels des bekanntesten bestirnten Schauspielers Ludwig Barnack, welche außer literarischen Kompositionen auch Tierstücke, in monu- mentaler Auffassung nach der Natur gemalt, zeigen wird.

Das Deutsche Archäologische Institut in Rom, das durch den Krieg sein altes Heim auf dem Kapitol verloren hatte, hat nun im Evangelischen Gemeindegarten ein Unterkommen gefunden. Vom 2. November ab wird die berühmte Bibliothek des Studierenden wieder zugänglich sein, und wird die berühmte Bibliothek des Studierenden wieder zugänglich sein, und wird die berühmte Bibliothek des Studierenden wieder zugänglich sein, und wird die berühmte Bibliothek des Studierenden wieder zugänglich sein.

lages, darunter die Genossen Dr. Wepl, Dr. Freund, Dr. Drucker und Frau Dostreicher. Es wurde zunächst über den Antrag zu 1 verhandelt. Den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion vertrat u. a. Genosse Dr. Wepl in ausführlichen Darlegungen. Er hat, im Interesse der Volksgesundheit und im Einverständnis mit den Trägern der Sozialversicherung dem einstimmigen Beschlusse des Hauptauschusses auch in diesem Kreise Rechnung zu tragen. Die Abstimmung ergab schließlich eine ablehnende Haltung des Landesgesundheitsrates mit 11 Stimmen der Beamten und ärzt- lichen Hochschullehrer gegen 4 Stimmen bei zwei Enthaltungen. Es muß hervorgehoben werden, daß die anwesenden Vertreter öffent- licher Interessen und der Vertreter des Landeskrankentassenver- bandes, darunter auch der Abgeordnete Straßer (DVB), hinter denen doch Hunderttausende von Mitgliedern und Ver- schärferten stehen, sich einstimmig für den Antrag des Hauptauschusses erklärten.

Die Beratung des zweiten Antrages wurde der vorgeschrittenen Zeit wegen zunächst vertagt.

Der am 7. Dezember neu zu wählende Landtag wird sich vor- aussichtlich erneut mit dieser gesamten Materie zu befassen haben, die wegen der vorzeitigen Auflösung im alten Landtage nicht mehr zur Erledigung gekommen ist.

Wahlfreiheit im besetzten Gebiet. Sozialdemokratische Forderungen.

Bochum, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Mitteilung der Besatzungsbehörden dürfte in den nächsten Tagen mit der Aufhebung des Belagerungszustandes im neu- besetzten Gebiet zu rechnen sein. Nach ehe diese Meldung bekannt gegeben wurde, hatte die westfälische Parteileitung der Sozialdemo- kratie ebenfalls zu der Angelegenheit Stellung genommen und eine Entschärfung der Doffenlichkeit beabsichtigt, in der es heißt: Trotz der Annahme der Dawes-Befehle im Reichstag und dem Beginn ihrer Durchführung ist die politische Freiheit dem besetzten

Wirth auf dem Zentrumsparteitag. Brauns warnt vor sozialdemokratischer Entwicklung.

In der Debatte des Zentrumsparteitags wandte sich Reichs- arbeitsminister Dr. Brauns gegen Darstellungen, wie sie in der Presse, z. B. in der „Berliner Börsen-Zeitung“, erschienen sind, in denen dem Reichsarbeitsministerium eine einseitige, parteidoktrinaire und wirtschaftsfeindliche Einstellung vorgeworfen wird. Bei der im Reichsarbeitsministerium ergangenen Maßnahme handelt es sich nur um eine Revision der Notgesetzte, die Ende 1923 angefallen des Bankrotts der Wirtschaft notgedrungen erlassen worden waren. Es handelt sich nicht um eine Maßnahme zum schematischen Achtstundentag. Bezüglich der Lohnfrage erklärte Dr. Brauns, die Löhne hätten zwar die Nominalhöhe der Vorkriegszeit erreicht,

davon aber, daß die Reallöhne der Friedenslöhne erreicht worden sei, könne absolut keine Rede sein.

Eine besondere Gefahr liegt in der jetzigen Preispolitik. So- lange eine Preispolitik, wie sie in den letzten Wochen und Monaten zum Ausdruck kommt, bestehen bleibt, solange eine Kartellpolitik sich geltend macht, die nach jetzt 30 Proz. im Großhandel — der Minister führte als Beispiel das Hutmachergewerbe an — Ausschlag verlangt, solange könnten die Arbeiter unendlich mit ihren jetzigen Löhnen aus- kommen. Von dem Gedanken der Arbeitslosenverfä- rung dürfe nicht abgesehen werden. Der Minister berührte auch die Frage der Arbeitsgemeinschaft zwischen Werksbesitzer und Arbeit- nehmer und betonte die Gefahr, daß die von gewisser Seite propa- gandisierte Arbeitsgemeinschaft uns in die Zeiten der „gelben Organisationen“ zurückführen könne.

Nach ihm sprach Abg. von Guérard, der noch einmal die Geschehnisse im Verlaufe der Regierungskrise beleuchtete. Zur Frage „Rechts oder links“ erklärte er, daß das Zentrum den alten Weg gehen und Anlehnung dort suchen müsse, wo sie aus der Not ge- boren sei. Die kommenden Reichstagswahlen dürften nur einen Kanzler möglich machen, und das sei der Zentrumskanzler Marx.

Unter äußerster Spannung der Versammlung ging dann Dr. Wirth des Näheren auf das Problem des Verhältnisses der Wirtschaft zur Politik ein. Er führte u. a. aus:

„Im Laufe der Jahre habe ich, wie auch andere Reichskanzler, bläufig Gelegenheiten gehabt, Führer der Wirtschaft als poli- tische Berater neben mir zu haben. Ich habe wenige Männer der Wirtschaft kennen gelernt, die ihre Stellung ausgaben, um Kammer im Reiche zu übernehmen, oder die in ihrer Stellung so unabhängig waren, daß sie sich nicht

als Interessenvertreter gefühl

hätten, die von Methoden und Grundfähen ausgingen, die eine Sabotage der deutschen Außenpolitik bedeuteten.“

Zur Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns betonte Dr. Wirth, daß sie der Ausdruck der

Sorge um eine sozialreaktionäre Entwicklung

in der Zukunft gewesen sei. Er bedauerte, daß Dr. Brauns nicht schon früher seine warnende Stimme erhoben habe. Dr. Wirth fuhr dann fort: Die sozialistische Reinigung ist in unserem Reiche not. Wir haben eine soziale Reaktion mit einem liberalen Ein- schlag. Darum kommen wir nicht voran. Die Frage der sozial- politischen Orientierung ist unser Lebenselement. Wahrende Worte richte ich an die Kräfte, die jede freiheitliche Regierung schmerzlich empfinden. Wer der katholischen Arbeiterschaft den Glauben an die sozialistische Einstellung des Zentrums nimmt, liefert sie nicht nur dem Messer, sondern dem Lager der Kommunisten aus.

Der ehemalige Reichskanzler wandte sich alsdann nachdrücklich gegen das Nachhaken von Einflüssen der Deutschnationalen gegen führende Zentrumspolitik im Zentrumslager selbst. Er bestritt ins- besondere den Satz, der ihm, losgelöst von seiner organischen Ver- bindung mit den vorausgegangenen Darlegungen, zugeschrieben worden ist: „Der Feind steht rechts!“ Dr. Wirth wies ausdrück- lich darauf hin, daß er nach der Ermordung Rathenaus im Reichs- tage die Mordatmosphäre gegreift und unter Würdigung dieser Atmosphäre im Hinblick auf die politische Lage betont habe: „Dieser Feind steht rechts!“

Weiter wandte er sich zu dem Satz, daß er behauptet habe, im entscheidenden Kampfe der Revolution zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stehe er auf Seite des Proletariats. Er betonte aus- drücklich, daß er diesen Ausspruch im Verlaufe einer Kommissions- stellung im Reichstoge abgegeben habe. Wenn man eine Kation berati- spalten will, daß man einen Grundsatze aufstellt, der keinen Sinn hat, wie den Satz: „Die Welt ist proletarisch“, dann kehre er mit ganzem Herzen für diejenigen ein, die ihr Leben bzw. ihres Lebensunterhalt zu erklären haben und das sei das werthvolle Volk. Diese Grundfähen seien selbstverständlich; es haben nur wenige den Mut gehabt, sie auszusprechen. Dr. Wirth schloß seine Ausführungen: „Unser Glaube ist Dienst an der Allgemeinheit. Mögen in schmerzlichen Augenblicken einige Zeugnise, die sich von der Erinnerung an die Vergangenheit nicht zu praktischer Arbeit aufrollen können, aus- sprechen. Wir müssen diesen Dienst aufrechterhalten, weil er der Gottesdienst der Zeit ist. Darüber hinaus muß er erweitert werden zum Arbeitsdienst an der Versöhnung der einzelnen Nationen untereinander.“

Den Ausführungen des ehemaligen Kanzlers folgte sehr harter Beifall, der mehrere Minuten andauerte.

Gebiet noch immer nicht zurückgegeben. Noch immer bestehen jene Verordnungen der Besatzungsbehörden, die die Freiheit der Presse und der Parteien erheblich einschränken. Insbe- sondere macht der Zwang zur Anmeldung und Einholung von Genehmigungen aller Versammlungen ein wirkliches politisches Leben unmöglich. Ist diese Beschränkung der politischen Freiheit in ruhigen Zeiten eine schwere Belastung, so ist sie unträglich in Zeiten eines Wahlkampfes. Von ihr am meisten betroffen werden naturgemäß jene Parteien, die nur in Versammlungen an die breite Masse der Wählerschaft herantreten können. Das sind aber in der Hauptsache die Parteien der Arbeiter. Die Sozialdemokratie als die erste Vertreterin der Arbeiterinteressen hat deshalb auch am ersten Veranlassung, die Zurücknahme der bestehenden Verordnun- gen zu verlangen. Sie erwartet daher bestimmt, daß die Reichs- regierung bzw. deren Unterhändler versuchen, die notwendigen Erleichterungen bei den Besatzungsmächten einzuholen und erwartet von den Besatzungsmächten, daß diese der Wähler- schaft in den besetzten Gebieten die notwendigen politischen Freiheiten zurückgeben.

Im Wihnagebiet werden an Polen freiwillig keine Steuern mehr gezahlt. Einem Dorf wurden deshalb 150 Gotsch Geldstrafe auferlegt. Denjenigen, die nicht bezahlen konnten, wurden das Vieh und die Kleider fortgenommen. Es entstand ein großer Auf- rühr, da sich verschiedene der Kersten nicht von ihrer letzten Aub trennen wollten. Sie wurden zu Boden geworfen und schwer mißhandelt.

Bahlschlingen in Rumänien. General Alexander Voitoianu, ein Bruder des rumänischen Verkehrsministers, ist als Mitschuldiger in der Korruptionsskizze der Auswanderungskasse verhaftet worden, ebenso der Sekretär des Innenministers, Grafovic, und mehrere Abgeordnete, die Verhaftung des Innenministers Voitoianu soll bevorstehen.

Dann besitz Abg. Joos die Rednertribüne, um die Ausführungen Dr. Wirths nach verschiedenen Richtungen zu ergötzen.

Am Nachmittag kam ein Vertreter der Wirtschaft zu Wort, und zwar der Reichstagsabgeordnete Sammers. Als Begleiter des Abgeordneten von Guérard auf seinem ersten Verhandlungsgang auf Einladung der Deutschnationalen geht er kurz auf die Vorgänge ein und schildert vor allem seine Bemühungen durch seine Beziehungen zur Wirtschaft auf die wirtschaftlichen Kreise in der Deutschnationalen Volkspartei einzuwirken, damit die Annahme des Londoner Abkommens nicht an dem Reim dieser Partei scheiterte.

Mit den Ausführungen Dr. Wirths bezüglich der Verantwortung des christlichen Unternehmers erklärt sich Sammers durchaus einverstanden und möchte auch nicht über den Vorrang der Politik über die Wirtschaft diskutieren, da dies für jeden Staatsbürger eine Selbstverständlichkeit sei. Über der Politik, der es verhältnis- mäßig leicht habe, durch gefühlsmäßige Appelle sein Publikum zu begeistern, könne den nächsten wirtschaftlich denkenden Mitarbeiter nicht entbehren. Wenn er auf seinen Rat nicht hört, so kommt er leicht in die Versuchung, dem Volke in seiner jetzigen Not Dinge zu versprechen, die bei der Lage Deutschlands für die nächsten Jahrzehnte einfach nicht zu verwirklichen gehen. Neben dem heißen Drängen des Politikers müsse daher der nächsten kalkulierende Geist der Männer stehen, die in der Wirtschaft mitten drin stehen und ihre Mög- lichkeiten und Grenzen kennen.

Das Mißtrauen gegen die Wirtschaft müsse verschwinden, denn schließlich arbeitet der Wirtschaftler in seinem Bereiche auch im Dienste des Volkes. Gerade bei der praktischen Ausführung des Londoner Abkommens, das schließlich in den Köpfen uns staatisch mindestens nicht freundlich geminteten Wirtschaftlern entstanden ist, wird deutschen Wirtschaftlern die Arbeit zufallen, für uns ungünstige Auslegungen des Abkommens in der Praxis zu verhindern.

In der weiteren Diskussion nahm ein Vertreter der christlichen Arbeiterschaft, Dr. Wirth, das Wort und bezeichnete das Bild, das Sammers von den Industriellen gezeichnet habe, als

das Bild eines Industriellen, wie er sein sollte, aber nicht als das Bild derjenigen Industriellen mit denen die Arbeiterkhol- im Kampf um die Sozialrechte steht.

Sankt hätte auch der Reichsarbeitsminister Brauns nicht von der Gefahr einer Sozialreaktion sprechen können. Wenn Industrielle, wie Herr Sammers sie schildert, für das Wohl der Gesamtheit arbeiten, dann entsteht kein Widerspruch zwischen der Ansicht Wirths und der Ansicht Sammers. Gerade die Zentrums- arbeiterschaft wird jedem in der Fraktion restlos Vertrauen entgegenbringen, der auf dieser Basis arbeitet. Wir von der christlichen Arbeiterschaft ergreifen jede Hand gern, die sich im Sinne der Gemeinheitsarbeit uns entgegenstreckt. (Stürmischer Beifall.)

Der Wahlausruf des Zentrums.

Der Parteitag nahm schließlich einstimmig einen vom Reichs- kanzler Marx als Vorsitzenden und dem gesamten Vorstand unter- zeichneten Wahlausruf an, in dem es u. a. heißt:

„Uns unklare Stimmungen hervorgegangen, hat sich der letzte Reichstag unklar gezeichnet zu weitgehender nationaler Gemein- schaftarbeit. In unruhigen Auseinandersetzungen zwischen den extremen Parteien verzerrte das Parlament Zeit und Kraft. Die Reichsregierung, des Kabinetts Marx, erwirkte in ausdauernder Arbeit im Londoner Abkommen eine Entspannung der außenpoli- tischen Lage und neuen Grundtagen zu innerer Festigung. . . Als Partei der Mitte, stehend auf dem festen Grund echten Christentums und lebendigen Volkstums, waren wir jederzeit bereit, mit allen denen zusammenzuwirken, die gleich uns den Wieder- aufbau von Staat und Volk auf dem Boden der be- stehenden verfassungsmäßigen Ordnung und friedlicher Entwicklung wollen, mögen sie von links oder von rechts kommen. So sehen wir bewußt beiseite alles, was unser ohnehin zerklüftetes Volk noch mehr zerklüften könnte. Wir kennen nicht Klassenvorurteil und Klassenhaß, nicht den Ständes- oder Rassenradikalismus. An diesem un- fassenden, ausbleibenden und einigenden Charakter wird die Deutsche Zentrumspartei unverrückbar festhalten.“

Der neue Reichstag muß Bestand haben, wenn er den vor- gezeichneten Aufgaben gerecht werden will. Er kann es nur, wenn die Auswüchse des Parteiwesens verschwinden. Darum weg mit dem Radikalismus! Weg mit der politischen Zerstückelung! Nicht auseinander, sondern zueinander müssen wir! Stärket die Mittel! Stärkt vor allem den Kern jeder gesunden Mitte, die Deutsche Zentrumspartei! Die Wahlpärke der Zentrumspartei ist klar für eine Politik, die an Deutschlands Zukunft glaubt! Für die Fortsetzung der bisherigen nationalen Rettungsarbeit und für die Befreiung von Ruhr und Rhein! Für den Schutz der Weimarer Verfassung und für eine befestigte Staatsautorität! Für wirtschaftlichen und sozialen Aus- gleich und gerechte Lohnverteilung! Für christliche Erziehung und Durchdringung des öffentlichen Lebens in Wirtschaft, Staat und Politik mit den sittlichen Grundfähen des Christentums! Darum geschlossen zur erfolgreichen Fühne des Zentrums! Für Wahrheit, Recht und Freiheit!“

Bewegungsbewegung

Schwerindustrielle Regierungspolitik.

Es besteht im allgemeinen sehr häufig die Auffassung und wird von den an den Tarifverträgen beteiligten Organisationen geschrieben:

Es besteht im allgemeinen sehr häufig die Auffassung und wird auch bei Lohnverhandlungen auf Arbeitgeberseite zitiert, daß durch Erhöhung der Löhne Preissteigerungen hervorgerufen werden. Daß diese Preissteigerungen nunmehr endgültig zerstört ist, beweist die Tatsache, daß seit dem 1. Juni für die gesamten Arbeiter, Angestellten und Beamten des Reichs keine Veränderung in ihren Bezügen eingetreten ist. Auch in der gesamten Privatindustrie sind die Löhne seit diesem Zeitpunkt stabil geblieben oder nur geringfügig erhöht worden. Trotzdem haben wir ein dauerndes erhebliches Anziehen der Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel. Geradezu Empörung muß die Einstellung der Reichsregierung unter den Reichs- und Staatsarbeitern auslösen. Es wird erklärt, daß durch eine Erhöhung der Löhne den Inflationstreibern Vorschub geleistet wird. Fest steht, daß die von der Regierung stets mit großem Tamtam angepöbelten Preisabtaumnahmen ein Schlag ins Wasser gewesen sind. Es sei ohne weiteres ausgegeben, daß sich die Teuerung für die Beamtengruppen 12 und 13 nicht so fühlbar machen dürfte wie insbesondere in den Gruppen der Unterbeamten. Aber nun erst die Arbeiter! Während in den letzten Jahren noch eine Anhebung der Arbeiterlöhne an die unteren Gruppen der Beamtengehälter erfolgte, sehen hier die Verhältnisse jetzt geradezu trostlos aus.

Durch die letzte Befolgungsaktion ergeben sich bei einer Gegenüberstellung des Arbeiters gegenüber den gleichartigen Unterbeamten Differenzen von 20 bis zu 100 Proz. So beträgt z. B. in Berlin der Durchschnittslohn eines Ungerlernten, der verheiratet ist und ein Kind hat, sofern er Arbeiter ist, 50 Pf., wenn er Beamter ist 70 Pf., der des Gelehrten 67 bzw. 87 Pf. Wenn nun schon Zustanden werden muß, daß die Bezüge insbesondere der Unterbeamten erhöht werden müssen, dann wird man aber auch anerkennen müssen, daß die Reichs- und Staatsarbeiter geradezu Hungerlöhne beziehen. Geradezu grotesk wirkt es, wenn die Vertreter der Reichsregierung stets eine Gegenüberstellung mit den Löhnen der Metallindustrie herbeiführen. Bloß in einem Punkte irrt man sich auch hier, indem man als echte Bureaufraßen sich nur mit Zahlenmaterial beschäftigt, aber nicht mit der nackten Wirklichkeit. Während in der Metallindustrie 80 Proz. der Beschäftigten im Akkord arbeiten oder sonst noch Zuschläge oder Leistungsprämien erhalten, die auf dem Papier nicht in die Erscheinung treten, hat der Reichsarbeiter nichts weiter als den nackten Lohn, wie er auf dem Papier steht.

Hoffentlich ziehen nunmehr auch die Reichs- und Staatsarbeiter die Augenwendung aus dieser Tatsache und geben am 7. Dezember den Vertretern der großindustriellen Schwerindustrie, die heute regieren und diese Lohnpolitik betreiben, die gebührende Antwort. Die Regierung aber sei gewarnt, den Bogen nicht zu überpannen. Auch die Reichs- und Staatsarbeiter wissen, daß sie bei derartigen Hungerlöhnen nichts zu verlieren haben. Sie werden im letzten Augenblick doch lieber vorziehen, einen entscheidenden Entschluß zu fassen, als vollständig mit ihrer Familie zu verenden.

Die Lohnpolitik der Reichsbahngesellschaft.

Der Aufsichtsrat der Reichsbahngesellschaft hat das Gehalt des Generaldirektors, seiner Reichsverwaltungsminister, auf 100 000 M., das der Direktoren in der Hauptverwaltung auf 60 000 und das der Verwaltungsratsmitglieder auf 24 000 M. jährlich festgesetzt. Anders ausgedrückt bedeutet die Umwandlung der Reichsbahn zur Abgeltung der Reparationskosten für das leitende Personal ein glänzendes Geschäft. Dieselben Herren erklärten den Vertretern der Eisenbahner, daß die Reparationskosten eine Erhöhung der Löhne, die mindestens so hoch, wenn nicht höher als die Löhne in der Privatindustrie seien, nicht zuließen.

Ein Bahnunterhaltungsarbeiter, der Stammarbeiter ist, bei Wind und Wetter draußen steht und täglich sein Leben riskiert, erhält in Berlin, wenn er über 24 Jahre alt und verheiratet ist, einen Stundenlohn von 52 Pfennig. Bei neun Arbeitsstunden und 26 Arbeitstagen macht das monatlich 101,68 M. In der Ortsklasse E beträgt das Monatseinkommen eines Bahnunterhaltungsarbeiters 93,60 M., vorausgesetzt, daß er über 24 Jahre alt und verheiratet ist. Davon gehen aber noch die verschiedenen Abzüge für Steuern, Kranken-, Invalidenversicherung usw. ab. Ein Reichsbahnarbeiter der Lohngruppe 4 mit Frau und zwei Kindern bekommt in Berlin einen Stundenlohn von 58 Pf., pro Tag 5,22 M., pro Woche 31,32 M. und monatlich 135,72 M. Davon gehen an Abzügen noch ab 23,70 = 17 Proz. Mit den verbleibenden 112 M. soll dieser Reichsbahnarbeiter in Berlin sich selbst und seine Familie ernähren.

Es ist uns einfach unverständlich, wie die Direktion der Reichsbahngesellschaft, die den leitenden Beamten eine ganz außerordentliche Gehaltserhöhung zugestimmt hat, gleichzeitig den ausgehungerten Eisenbahnern erklärt, daß sie nicht in der Lage ist, höhere Löhne zu zahlen. Aus den vorstehenden Zahlen ergibt sich aber auch, daß die Behauptung, in der Privatindustrie würden keine höheren oder noch niedrigere Löhne gezahlt als bei der Reichsbahngesellschaft, durchaus falsch ist.

Die Direktion der Reichsbahngesellschaft verweist mit ihrer Lohnpolitik die Eisenbahner auf den einzig möglichen Weg, sich mit dem Aufsichtsrat auch Löhne zu erkämpfen, die ihnen und ihren Familien eine auskömmliche Existenz sicherstellen. Dieser einzig mögliche Weg ist der des einheitlichen festen Zusammenschlusses in der Gewerkschaft. Nur wenn die Direktion der Reichsbahngesellschaft wissen wird, daß die Eisenbahner reiflos in ihrer Gewerkschaft zusammengeschlossen und entschlossen sind, sich eine menschenwürdige Existenz zu erkämpfen, dann wird sie auch die Möglichkeit finden, den Eisenbahnern Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sichern, die erträglich sind.

Tarifabschluß der Buchbinder.

Der „Hilfsrententag“ gesichert.

Für die Buchbinder des Arbeitgeberverbandes der papierverarbeitenden Industrie (V.B.) ist es zum Abschluß eines neuen Manteltarifs gekommen. In ihm wird die 48-Stunden-Woche wieder festgelegt. Jeder Ueberstunde muß mit 12 1/2 Proz. Zuschlag bezahlt werden. Die Ablaufzeit ist auf den 30. September 1925 festgelegt worden. Die Festlegung dieses Termins ist den Unternehmern unangenehm gewesen, da der bisherige Kündigungstermin am 30. Juni wegen der um diese Jahreszeit stets einkehrenden schlechten Konjunktur ihnen besser paßte. Der bisherige Lohn von 62 Pf. in der Spitze wurde bis zum 5. November d. J. verlängert.

Die Lohnverhandlungen in den Betrieben des Verbandes deutscher Buchbinder (V.D.B.) gestalteten sich weitens schwieriger, da die Arbeitgeber einen Abbau der Löhne verlangten. Ein Spruch des Reichsarbeitsministeriums verlängerte die Geltung der bisherigen Stundenlöhne ebenfalls bis zum 5. November. Unter dem Druck der Stuttgarter und Leipziger Buchbinder, die in den Streit getreten waren, gelang es schließlich, zwar nicht die verlangte Erhöhung von 25 Proz. durchzudrücken, aber doch den bisherigen Lohn von 61 auf 68 Pf. zu erhöhen. Die Vereinbarung läuft bis zum 19. November. Die Annahme des Abkommens erfolgte bereits durch die Funktionäre des Buchbinderverbandes.

Eine moderne Lehrlingswerkstätte.

Den wachsenden Ansprüchen der Industrie an die Qualität der Facharbeiter versuchen eine Anzahl großer Industrieunternehmen der Metallindustrie durch Errichtung besonderer Lehrwerkstätten gerecht zu werden. Die jungen Leute sollen durch die Art der Auswahl und der Behrätigkeit in besserer Weise ausgebildet werden, als dies bisher bei den „kleinen Meistern“ geschah und leider noch geschieht. Die „Deutschen Werke A.-G.“ die bekanntlich als Reichsunternehmen aus den früheren Staatswerkstätten hervorgegangen sind, haben in den Werken Spandau und Hahelhorst in neuester Zeit Lehrlingsabteilungen eingerichtet, die mit den modernsten Maschinen ausgerüstet sind und auch durch eingehende theoretische Schulung die angehenden Metallarbeiter für ihren Beruf vorbereiten.

Nach der Umstellung der Werke auf Friedenswirtschaft waren die vorhandenen Lehrlinge in den einzelnen Fabrikationsabteilungen untergebracht, wo der Erfolg ihrer Ausbildung von der persönlichen Eignung und dem Verständnis abhing, das die Auszubildenden den Lehrlingen entgegenbrachten. Die im Jahre 1920 auf dem Eisenerwerder errichtete Lehrlingsabteilung genügte bald nicht mehr. Ihr Neuaufbau wurde auch deshalb notwendig, weil die Werkstätten vom Eisenerwerder nach Hahelhorst verlegt wurden. So entstand denn hier

eine neue Lehrwerkstätte.

In einem zweistöckigen Gebäude sind 230 Arbeitsplätze für Maschinenbau, Werkzeugmacher und Dreherlehrlinge vorhanden. Die Anfängerlehrgänge sind im oberen Stockwerk untergebracht, wo ihnen von dazu ganz besonders geeigneten Meistern und Lehrgesellen die Elementarkenntnisse der Metallbearbeitung beigebracht werden. Schon vom dritten Lehrjahre ab kommen die Lehrlinge in den Partererraum zu den fortgeschrittenen. Die Arbeitsleistungen der „Einjährigen“ gehen schon weit über das hinaus, was von den jungen Menschen in den üblichen Lehrjahrslehreien sonst geleistet wird. Vom vierten bis zum sechsten Lehrjahre muß dann in den zugehörigen Fabrikationsabteilungen praktisch gearbeitet werden. Zur Anfertigung des Gesellenstückes geht im letzten Halbjahr in die Lehrlingsabteilung zurück. Die von den Jungen angefertigten Prüfungsarbeiten, die bei der Beschäftigung gezeigt wurden, vertrauen durchaus eine sachmännliche Prüfung. Sie waren unter Zuhilfenahme der modernsten Werkzeugmaschinen die Lehrwerkstätte in allen gebräuchlichen Arten entworfen, hergestellt und was besonders wichtig ist, in einer Arbeitszeit, die bei Junggelehrten angemessen erschien. Bei den Lehrwerkzeugen ist sogar die Teilung von den Prüflingen auf den vorhandenen Teilmaschinen gemacht worden.

Die Auswahl der Lehrlinge bei ihrer Einstellung erfolgt durch eine

psychotechnische Eignungsprüfung.

bei der die Sinnestätigkeit im allgemeinen, die intellektuellen und die technisch-konstruktiven Fähigkeiten der Bewerber im besonderen festgestellt werden. Das Gesamtergebnis wird schriftlich festgelegt. Bei den Ausgewählten zeigte sich eine gute Übereinstimmung zwischen dem Eignungsprüfungsergebnis, den regelmäßig vorgenommenen Werkstattleistungskontrollen und der Güte des Gesellenstückes. Die Lehrlinge haben also das erfüllt, was die psychotechnische Prüfung versprach. Bereits nach 6 bis 7 Monaten werden die Lehrlinge mit produktiven Arbeiten beschäftigt, wobei aber keineswegs etwa eine Provisorität der Werkleitung vorliegt. Obwohl sich ständig 40 bis 50 Proz. der Lehrlinge in den Werkabteilungen befinden, erfordert die Lehrlingsausbildung doch einen beträchtlichen Zusatzaufwand. Einige Zahlen veranschaulichen das am besten. Im Laufe des letzten Jahres wurden folgende Arbeitsstunden geleistet: 11 Proz. waren Schulstunden, 58 Proz. unproduktive Arbeitsstunden und nur 31 Proz. der in der Lehrwerkstätte geleisteten Stunden waren produktive. Unter Einfluß der in den Fabrikationsabteilungen arbeitenden Lehrlinge erhöhte sich die letzte Zahl auf 57 Proz.

Neben der praktischen läuft eine theoretische Ausbildung.

In der städtischen Berufsschule bilden die Lehrlinge der deutschen Werke geschlossene Klasseneinheiten. Der Berufsschulunterricht ist gleichzeitig auch Fachschullehrer. Dadurch ist ein gutes Hand-in-Handarbeiten der theoretischen und der praktischen Ausbildung gewährleistet. Die Lehrlinge müssen vom ersten Tage an ein Werkstatttagebuch führen, das vom Werkstattingenieur dauernd kontrolliert und zensuriert wird. Für die der Berufsschule Entwichenen wird der Unterricht in der Werkstätte fortgesetzt, ergänzt und erweitert, wozu dann bei den Gesellenprüflingen allgemeine Maschinenbaukunde, Normungslehre und die Kenntnis des Grenzlehrensystems kommt. Wenn bei den jungen Leuten einigermaßen die Vorbedingungen vorhanden sind, kann durch dieses Unterrichtssystem eine theoretische Ausbildung erreicht werden, die weit über die sonst übliche und erreichbare hinausgeht. Die Gesellenprüfungen, die durch eine aus beiden Werken bestellte Prüfungskommission abgehalten werden, hat die Wirkung einer Handwerkskammerprüfung. Erfreulich ist, daß die neugeborenen Gesellen mindestens 6 Wochen lang im Wert als Facharbeiter weiterbeschäftigt werden.

In den Lehrlingswerkstätten werden auch Praktikanten für den Ingenieur nachwuchs ausgebildet. Das gesamte Lehrpersonal besteht aus einem Werkstatteinleiter, einem Werkstattingenieur, drei Meistern und 14 Lehrgesellen. Im Gebäude befinden sich ferner: die Bureau für die leitenden Personen, ein Unterrichtslokal, eine Lehrmittelsammlung, die Bäckerei und ein Wohnraum, in dem die Lehrlinge ihre Mahlzeiten einnehmen. Gegenwärtig werden 122 Maschinenlocherlehrlinge, 37 Dreher- und 107 Werkzeugmacherlehrlinge ausgebildet.

Zur „sittlichen und körperlichen Erziehung“ der Lehrlinge ist eine Beihilfsvereinigung gegründet worden, die unter Protektorat der Deutschen Werke steht. Der Eintritt ist zwar jedem freigestellt, jedoch hat die Arbeiterschaft im allgemeinen mit solchen „halboffiziellen“ Vereinigungen keine guten Erfahrungen gemacht. Die Vortragsfolge eines kleinen Konzerts, das die Lehrlingskapelle bei der Beschäftigung zu Gehör brachte, atmete mit dem „Deutschmeister-Regimentaria“ und dem Marsch „Rein Regiment!“ einen edlen

Kriegervereinsgeist. Hier sollten die Eltern der Lehrlinge mit der Erziehung einsehen, sich jedenfalls verbitten, daß eine derartige „Ausbildung“ verquitt wird mit der fachlichen Ausbildung.

Der Streit bei Schwarztopf in Wildau beendet.

Am Montag fand eine Vollversammlung der im Streit stehenden Arbeiter der Schwarztopfwerke in Wildau statt. Rosa beherrschte über die augenblickliche Streiftage. Es wurde festgestellt, daß die Haltung der Streikenden geradezu musterhaft ist. Die Arbeitswilligen, die in größeren Trupps angekommen waren und versuchten, in den Betrieben der Schwarztopfwerke Einlaß zu finden, wurden von den Streikposten aufgefaßt, daß sich die Arbeiterschaft in einer Abwehrbewegung befindet. So ist es gelungen, namenswerte Zahlen von Arbeitswilligen dem Betrieb fernzuhalten. Die Firma versuchte in allen gegnerischen Zeitungen, Arbeiter aus der Provinz und auch von außerhalb heranzuziehen. Auch hier muß festgestellt werden, daß es der Firma nicht gelungen ist, hochqualifizierte eingearbeitete Kräfte für Lokomotiven zu bekommen. Einige von den Arbeitswilligen, die versucht hatten, die Arbeiten auszuführen, hoben nach wenigen Stunden die Arbeit wieder niederlegen müssen, da sie nicht in der Lage waren, den Anforderungen, die an sie gestellt waren, zu entsprechen. Nunmehr ging der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes auf die Verhandlungen ein, die zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem V.D.B. geführt wurden. Die Verhandlung am Donnerstag hat zu einem Ergebnis nicht geführt. Der Verbandsvertreter wurde beauftragt, noch einmal mit der Direktion der Schwarztopfwerke zu verhandeln. Die Firma er. tie sich bereit, nach den Vereinbarungen, wie sie zwischen dem V.D.B. und Metallartell abgeschlossen wurden, zu zahlen. Bei der Lohnregulierung der Akkordarbeiter war keine Einigung zu erzielen. Die Direktion erklärte, daß erst die Arbeit aufgenommen werden müßte; wenn das geschehen sei, soll über die Akkordregulierung verhandelt werden.

Die Fortsetzung der Betriebsversammlung beschäftigte sich nunmehr mit dem Ergebnis der Verhandlungen. Es wurde schließlich beschlossen, eine Urabstimmung vorzunehmen. Gegen eine starke Minderheit wurde beschlossen, die Arbeit aufzunehmen. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung und das Gelöbnis abgebend, den Verband noch mehr auszubauen, wurde die Versammlung geschlossen.

Wenn die Zehnenbesitzer sparen.

Dortmund, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums fand im Oberbergamt Dortmund eine Sitzung zur Besprechung der Arbeitsverhältnisse auf den wieder zu übernehmenden Regiezichen statt. In der Besprechung wurde mitgeteilt, daß etwa 6700 Arbeiter erwerbslos werden. Die Zehnenbesitzer erklärten, nicht mehr Arbeiter anlegen zu können als sie beschäftigen könnten. Man werde aber das Beste tun, um möglichst vielen Arbeitern Beschäftigung zu bieten. Auch würden sie Arbeiter über den augenblicklichen Bedarf hinaus einstellen. Für sie lägen andere Verhältnisse vor als bei der Regie. Diese habe ihre volle Förderung abgesehen. Sie seien aber auf die Beteiligung beim Syndikat angewiesen. Letzteres setze zurzeit nur etwa 50 Proz. der Beteiligung ab. Das Ergebnis der Verhandlungen kann dahin gekennzeichnet werden: Die Arbeiter werden nur zum Teil wieder eingestellt. Mehr als 6000 Arbeiter werden vorerst erwerbslos werden. Die Verwaltungen werden in erster Linie ihre alten Belegschaften einstellen. Nach der Auffassung der Zehnenbesitzer handelt es sich um eine Neueinstellung; in tariflicher Hinsicht soll dadurch den Arbeitern ein Nachteil nicht erwachsen. Die Betriebsvertretung wird nicht anerkannt und soll auch bei der Einstellung nicht mitwirken. (Das ist die glorreiche Politik der Schwerindustrie, die sich mit Hilfe des Reichsarbeitsministers im Ruhegebiet austoben konnte. Verlängerung der Arbeitszeit, Teuerung, Hungerlöhne und Entlassungen.)

Buchdrucker! Die Wahl von vier Beisitzern zum Verbandsvorstand, an der laut Statut nur die Handwerker beteiligt sind, hatte folgendes Ergebnis: Abgegeben wurden 3910 Stimmzettel, davon waren 3437 gültig und 473 ungültig. Stimmen erhielten die Genossen A. Barth 2801, B. Riesebeck 2550, D. Brünner 2509, D. Fiedler 2483, A. Pehold 1759 und A. Guth 1529. Die vier Erstgenannten sind somit gewählt.

Deutscher Eisenbahnerverband.

Deute abend 7 Uhr in den Andreas-Hallen, Andreaskstr. 21. allgemeine Mitteilerversammlung. Stellungnahme zur Lohnbewegung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unabdingbare Pflicht! Anschließende Abstellungsverfassungen fallen aus. Die Ortsvereine.

Zentralverband der Angestellten, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeisterverband, Chemische Industrie: V.D.B. Jubiläumerversammlung Donnerstag abend 7 1/2 Uhr im Verbandsbureau des V.D.B., Belle-Alliance-Str. 7-10. Tagesordnung: Bericht über die Tarifverhandlungen vor dem Schlichter.

Aus der Partei.

Partei und Studenten.

Freunde der sozialistischen Studentenbewegung wollen zur Einleitung eines gemeinsamen Arbeitens mit den einzelnen Ortsgruppen ihres Anschriften einfinden an des Sekretariat des Vorstandes der sozialistischen Studentenvereinigungen Deutschlands und Oesterreichs, Leipzig, Querstraße 29. Es ist beabsichtigt, durch einen Zusammenschluß sozialistischer Jung- und Altakademiker sowie anderer für die studentische Bewegung interessierter Kreise in den einzelnen Orten Arbeitsgemeinschaften zu schaffen, die zugleich, etwa in Art der Fabiergesellschaft, durch Diskussionsabende ihre sozialistische Weiterbildung in gegenseitigem Gedankenaustausch fördern. Auskunft für Berlin erteilt Dr. Otto Friedländer, Berlin W. 30, Landshuter Str. 37, Telefon: Rühov 7742 (von 6-7 Uhr abends).

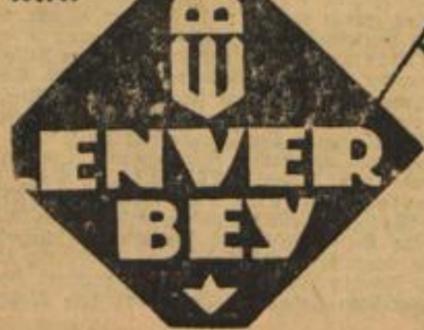
Beantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Gaternus; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Götter; Revolution: Dr. John Schimanski; Soziales und Genossenschaft: Fr. Reuter; Anzeigen: Fr. Götter; Gemischtes in Berlin: Berlin: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlag und Verlagsanstalt Paul Springer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen.



Hühneraug' auf Zeh' und Sohl' Wirst du los durch Lebewohl!

In Drogerien und Apotheken. Verlangen Sie ausdrücklich „Lebewohl“ mit Filzring.

WHW



Auf vielseitigen Wunsch haben wir uns entschlossen, die beliebte Zigarette „VALUTA“ rund und mit Goldmundstück für 2 Pfg. herauszubringen, damit jeder sie haben kann, der für wenig Geld etwas unbedingt Gutes rauchen möchte.

„Enver Bey“ Zigarettenfabrik

Wahlreden im Rathaus.

Neuwahlen auch für die Berliner Stadtverordnetenversammlung?

Das von Bürgerlichen und Kommunisten wiederholt geäußerte Verlangen nach Auflösung der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagswahlen erneuert worden. Diesmal haben neben den Kommunisten auch die Demokraten einen dahingehenden Antrag eingereicht, während bisher gerade die Demokraten sich stets gegen die Auflösung erklärt hatten. Es verstand sich von selber, daß in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung die Begründung dieser Anträge dazu benutzt wurde, schwungvolle Wahlreden zu halten. Der Kommunist Dörr erzählte von den „Wahlerfolgen“, die die SPD. — sich verspricht. In seiner bekannten Art nahm er den Mund reichlich voll, aber ein Unterton der Besorgnis klang doch durch. Der Deutschnationale Koch weiterte mit ihm in demagogischen Tiraden. Weidner antwortete unser Genosse Reimann in einer sehr wirksamen Rede. Mit den Kommunisten rechnete er so ab, wie diese Wahlreden es längst verdient hätten. Er stellte ihnen in Aussicht, daß den Wählern mit aller nur möglichen Deutlichkeit gezeigt werden soll, wie die Kommunisten im Berliner Rathaus nicht das geringste von einer positiven Leistung zustande gebracht haben. Zu den „Erfolgen“, denen sie sich „rühmen“ können, gehört die jetzige bürgerliche Mehrheit des Magistrats. Ihnen ist vor allem auch zu danken, daß der Bürgermeisterposten jetzt mit einem Bürgerlichen besetzt ist. Die Auflösungsanträge der Kommunisten und der Demokraten hätten trotz Unterstützung durch die Deutschnationalen keine Aussicht auf Annahme. Die Abstimmung wurde auf die nächste Sitzung verschoben.

In der gestrigen außerordentlichen Sitzung, die kurz nach 6 Uhr unter dem Vorsitz des Gen. Haß begann, hatten die noch unerledigten Anträge aus der Versammlung den Vorrang. Nachdem ohne Aussprache die Dringlichkeitsvorlage des Magistrats genehmigt worden war, die den Beitrag für die

Zuwendung von Brennmaterial an Unbemittelte

von 783 000 auf 1,2 Mill. M. erhöhen will, um u. a. Ausgesteuerten oder nicht Unterhaltungsberechtigten im Kesselfeizbeizspringen, kam zunächst der Antrag der Wirtschaftspartei vom 17. September zur Verhandlung, wonach sofort mit dem Polizeipräsidenten über Einschränkung des „wilden“ Straßenhandels, Unterbindung der Ansammlung von Straßenhändlern in einzelnen Straßen, und Rückkehr zum Zwange des Betriebes im Umherziehen ins Benehmen getreten werden soll. Der Begründer Versuche machte natürlich grau in grau; er sieht den heftigsten Handel bereits ruiniert und die Markthallen verödet, wenn diesem „unlauteren Wettbewerb“ nicht schleunigst ein Ende bereitet wird. Hintorf (Komm.) lehnte den Antrag rundweg ab; die Straßenhändler würden gewiß, wenn es ihnen möglich wäre, einen anderen Weg wählen, um ehrlich ihren Lebensunterhalt zu erwerben. — Gen. Reimann unterstrich diese Auffassung. Gewiß hätten sich Mißstände herausgebildet, aber es sei doch schon viel gebessert, und zudem unterliege doch ohnehin der Straßenhandel der polizeilichen Genehmigung. Bei einem „unlauteren Wettbewerb“ könne vollends nicht die Rede sein. Nach der Meinung der Sozialdemokraten müßte dem einzelnen Straßenhändler sein Stand garantiert werden, das herbeizuführen sei Aufgabe der Verkehrspolizei, und damit wäre beiden Seiten geholfen. Jedenfalls sollte man dem gesunden Straßenhandel — und die ganz überwiegende Mehrzahl der Händler gehöre dazu — unter allen Umständen sein Recht gewährleisten. Die Sozialdemokraten lehnen somit gleichfalls den Antrag ab. — Linko (Dnalk.) plädierte für Ausschüßberatung; Schwielen (D. Sp.) regte sich gleich dem Antragsteller über den „wilden“ Straßenhandel mächtig auf. Bei der Abstimmung fiel die rechte Seite des Saales wies Voten auf der Antrag auf Ausschüßberatung und dann der Antrag selbst. — Das gleiche Schicksal traf den Antrag der D. Sp., den Magistrat zu

ersuchen, bei unbebauten Grundstücken von der Nachforderung der durch die Beschlässe zum Haushalt erhöhten Zuschläge zur Grundvermögensteuer für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober 1924 Abstand zu nehmen. Herr Hallensleben stieß bei fast allen Fraktionen auf Widerspruch; auch Gen. Dr. Vokmann stellte die Unlust unserer Genossen fest, den Grundbesitzern auf Kosten der Allgemeinheit ein neues Geschenk zu machen. Darauf wandte sich die Versammlung den beiden Anträgen, die von den Demokraten und den Kommunisten eingebracht sind, um die

Auflösung der Stadtverordnetenversammlung

und Neuwahlen am Tage der Reichstags- und Landtagswahl herbeizuführen. — Für die Demokraten sprach Dr. Michaelis, der an „sachlichen“ Gründen die — Arbeitsunfähigkeit der Versammlung ins Feld führen konnte und diese aus den ungesicherten Verkehrsverhältnissen herleitete; ihm sei oft geradezu unheimlich geworden, wenn er wahrnahm, wie die Versammlung bei ihren Entscheidungen einer Schaukel gegliedert habe! — Den Antrag der Kommunisten vertrat Dörr. Daß gerade auch die Demokraten zum 7. Dezember die Versammlung neu gewählt wissen wollten, führte er darauf zurück, daß die Demokraten die Konjunktur zu diesem Zeitpunkt als für ihre Wahlausichten sehr günstig ansehen. Dann goß er, wie man ja nicht anders ermaßen konnte, die ganze Schale seines Zornes und noch etwas darüber über die Sozialdemokratie aus, die sich in allen ihren kommunalen Taten als würdiger Bestandteil der „einheitlichen reaktionären Masse“ erwiesen habe. — Stadtrat Richter trug die sachlichen und technischen Bedenken vor, die einer Neuwahl am 7. Dezember entgegenstehen. Schon die Aufstellung der Wählerlisten würde angefaßt der Veränderungen des preussischen Wahlgesezes und ihrer möglichen Rückwirkung auf die kommunalen Wahlen einen so frühen Termin kaum gestatten. — Koch (Dnalk.): Wir können doch nicht so lange warten, bis der Reichspräsident neu gewählt wird (Heiterkeit). Die Anträge zeigen, daß man sich doch allmählich auf den Weg der Vernunft begibt. (Erneute Heiterkeit.) Zuerst handeln wir mit der Forderung der Auflösung allein; den ersten Schritt zur Vernunft machen nach uns die Kommunisten (Lachen), dann folgte die D. Sp., jetzt auch die Demokraten. Das Zentrum wird ja nicht mitmachen und von den Soz. wird man Schritte zur Vernunft nicht erwarten. (Gelächter.) — Dr. Caspari (D. Sp.): Aus den heutigen Verhandlungen wird die Bürgerschaft hoffentlich lernen, daß man in diese Versammlung Leute schicken muß, die es mit ihr und mit sich selbst ernst nehmen und nicht so bedeutame Sachen scherzhaft behandeln oder Wahlreden halten. (Lebhafter Widerspruch und Lachen bei den Komm.) — Aus der Auflösung wolle der Redner keine politische Frage gemacht wissen. Auffällig fand er, daß ausgerechnet Herr Dr. Michaelis das Gedächtnis von der Schaukel gebraucht habe; das Schwanken der Versammlung bei ihren Beschlässen habe doch nur zu oft daran gelegen, daß bald Herr Wertin, bald Frau Deutsch in der Dem. Fraktion den Ausschlag gegeben habe. Es könne nichts dabei herauskommen, am 7. Dezember diese Neuwahl als Schwanz der Reichstags- und Landtagswahlen anzuhängen. — Gen. Reimann stellte fest, daß auch die Haltung der Deutschnationalen in dieser Frage nicht immer einheitlich gewesen ist und berief sich dafür auf eine Rede des Kochschen Fraktionsgenossen Lüdicke im Landtage. Wenn man die Versammlung und ihre Leistungen hier schlecht mache, so sei sie in Wirklichkeit besser als ihr Ruf. Nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die Parteien der Rechten müßten ganz genau, welches Riesennach von Arbeit und unter wie schwierigen Verhältnissen es zu bewältigen gelte und daß diese Arbeit sich auch in Vergleich mit den Leistungen der Parliamente sich sehr wohl sehen lassen könne. Also etwas mehr Selbstachtung! Mit dem Ausfall auf die Wille, die sich Stadtrat Wuhly in Rudow gebaut habe, werde Herr Koch keine Geschäfte machen. Der „sozialistische“ Magistrat, auf den man immer losgehacht habe, bestehe nicht mehr; jetzt möge der in seiner Mehrheit bürgerliche Magistrat

zeigen, ob er Besseres leisten könne als der sozialistische. Die Ausfälle des Herrn Dörr gegen Stadtrat Wuhly ständen gerade

Herrn Dörr und Herrn Stoll, die auf dem Gebiete der Wohnungsbeschaffung eigentümlichen Ratschlägen nicht fern gestanden hätten, sehr schlecht zu Gesicht. Den Wählern werde seitens der Sozialdemokratie klar gemacht werden, daß die Schuld dafür, daß der Magistrat jetzt eine bürgerliche Mehrheit hat und daß ihm Herr Scholz angehört, bei den Kommunisten liegt. Man scheue den Kampf mit den Kommunisten nicht, im Gegenteil. Den Deutschnationalen weide die Sozialdemokratie die Bundesgenossenschaft der Kommunisten nicht. Die Sozialdemokratie wünsche die Verquickung der Wahlen nicht; für sie arbeite die Zeit. (Lebhafter Beifall bei den Soz.) — Müller-Franken von den Wirtschaftlern hielt den Demokraten vor, daß ihr Antrag alles sei, nur nicht demokratisch. Für die Auflösung sei die Wirtschaftspartei von allem Anfang an eingetreten, aber Stadtverordnetenpolitik könne in allgemeinen politischen Wahlen nicht gemacht werden. Die Auflösungsanträge seien also angebrochenermaßen abzulehnen. In diesem Zusammenhang hielt es der Redner für angezeigt, seine Feindschaft gegen den Achtstundentag ausführlich zu dokumentieren. Damit schloß die Aussprache. Im Schlußwort ging Soß (Komm.) unter temperamentvoller Assistenz seiner Fraktion gegen Reimann mit heftigen Ausfällen vor und es gelang ihm beinahe, in dieser Beziehung Herrn Dörr auszusprechen. Die Abstimmung wurde auf Donnerstag 7 Uhr verschoben. — Die Versammlung beschloß sich dann nur noch mit dem

Ausscheiden des Kommunisten Stoll

aus seinem Amte als befohlener Stadtrat. Herr Stoll selbst habe die Frage in öffentlicher Sitzung zu besprechen beantragt. Er suchte an dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts, das ihn hauptsächlich wegen der Aufzierung „Kinder, geht streich!“ zur Dienstentlassung und zur Tragung der Kosten verurteilt hat, Kritik zu üben und es als Tendenzurteil hinzustellen. In der Erwerbslosenfürsorge habe er einen sog. Leunakämpfer unterstützt, der bei der Polizei nicht angemeldet war; in dieser Handlungswiese eines Beamten, einem Verbrecher zu helfen, liege für das Gericht der entscheidende Grund für das Urteil. Diese Instanz sei ja dazu da, als Instrument der Staatsmaschine jede Opposition zu unterdrücken. Die Kommunistische Fraktion halte ihn noch wie vor für durchaus geeignet zu ihrem Vertreter; die Versammlung solle die Kenntnisnahme und die bezüglichen Vorlage ablehnen.

Auch die Abstimmung hierüber wird Donnerstag stattfinden.

Die Siedlungsaufgaben der Stadtgemeinde.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung richtete die sozialdemokratische Fraktion an den Magistrat folgende Anfrage, die ihn auf eine Pflicht der Gemeinden hinweist:

„In einem Erlaß des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 12. September 1924 wird darauf hingewiesen, daß die Gemeinden auf Grund des § 4 des Preussischen Ausführungsgesezes zum Reichsheimstätten-gesez Ortsanlagen erlassen können, durch welche Landflächen zu Heimstätten-gebieten erklärt werden. Was gebietet der Magistrat zu tun, um bestmöglichst die durch den Erlaß gegebenen Anregungen zu verwirklichen?“

Die Krise der Demokraten.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Demokratischen Partei machen sich auch in der Berliner Organisation bemerkbar. Schon bei der letzten Kandidatenaussstellung vor den Wahlen gab es heftige Debatten. Die Mehrheit stellte damals Herrn v. Siemens auf, gegen den die Linke mit der Kandidatur des Prof. Bonn Sturm lief. Jetzt beginnen sich die Reihen der Stadtverordnetenfraktion zu lichten. Der frühere Stadtbaurat des Zweckverbandes Benker hat bereits seinen Abtritt zur Deutschen Volkspartei vollzogen. Der Direktor des Rasenplatzes Brenkel gehört zu den Unterzeichnern des Gründungsaufsatzes der Liberalen Vereinigung. Nur vom dem Vorsitzenden der Berliner Demokratischen Organisation, dem sehr geschätzten Herrn Wertin, ist gleiches noch nicht verlautbart worden. Kundige Thebaner behaupten, es läme nur daher, weil Herr Wertin noch nicht wisse, ob er zur Volkspartei oder zu den Deutschnationalen gehen solle! Wenn wir unsere bescheidene Meinung dazu sagen dürfen, so würden wir vorschlagen, daß Herr Wertin zu den Deutschnationalen geht. Da gehört er hin!

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

„Was tun Sie hier?“ fragte Bertram und berührte seinen Arm.
Lord Ottery starrte ihn zerstreut an, als ob er überlegte, wer zum Teufel das sein könnte, dann aber begrüßte er ihn herzlich.
„Ach, Du bist's, Bertram. Doch! schon, es wär' einer von den Offizieren a. D., die einen um 'nen halben Sovereign erleichtern möchten. Warum, zum Teufel, meidest Du Dich nicht nach Irland zu den Schwarz-Gelben? Wär' nützlich, als hier ohne Beschäftigung herumzulungern.“
Bertram behielt seine lecherischen Ansichten über diesen Gegenstand für sich und wiederholte seine Frage.
Lord Ottery lüchelte und offenbarte ihm dann ein Geheimnis. Er beschloß sich die Räden, um seine Garderobe aufzufrischen. Er hatte nämlich entdeckt, daß er ausgezeichnete Sachen fertig bekommen könnte, statt seinem Schneider das Sechsfache dafür zu zahlen. Zwei Hausanzüge hatte er schon gekauft, die sahen wie angezogen, nur zwei kleine Aenderungen waren nötig gewesen. Ja, auch einen Laden im Tottenham Court Road hatte er entdeckt, wo er erstklassige Stiefel fürs Land kaufen konnte, ganze zwei Pfund billiger als bei seinem Schuhmacher.
Ja, einstens hätte er bei dem Gedanken, fertig gekaufte Sachen zu tragen, geschaudert. In früherer Zeit, noch unter der Königin Viktoria, da war er ein echter Stutzer gewesen, der dasselbe Paar Beinkleider nicht zweimal in derselben Woche angezogen, oder eine Krawatte mehr als einmal getragen hätte. Aber jetzt war es soweit gekommen, daß Sparsamkeit an der Tagesordnung war. Und was schadete es auch? Mit solchen erpresserischen Steuern, solchen dividendenlosen Papieren und drückenden Grundbesitzsteuern kämen Leute seines Schlages bald dazu, für einander die Wäsche zu waschen.
Aber zu weit durfte er mit der Sparsamkeit in der Garderobe auch nicht gehen. Da war ihm neulich eine peinliche Geschichte passiert. Er hatte bei einem Kleiderjuden einen prachtvollen Leberzieher eingehandelt, schon etwas getragen, aber mit Aktrachantragen, Seidenfutter, ein wahrer Fund — für zwölf Sovereigns. Bei seinem Schneider hätte er 42 bezahlen müssen. Aber als er ihn gerade an seinem Platz in der Vorhalle des Herrenhauses aufhängt, kommt da nicht der alte Banthord dazu und schreit: „Der Teufel soll mich holen, wenn das nicht mein alter Leberzieher ist! Da ist ja noch das Loch drin, da über dem dritten Knopf, das ich mit meiner Zigarre hineingebrannt hatte.“

„Natürlich mußte ich ihm erklären, wo ich ihn gekauft hatte, und er lachte, bis ich dachte, der Schlag würde ihn töhren. Aber das Beste an der Geschichte ist, daß er selbst einen fertiggekauften Anzug trug, er selbst hat mir den Laden hier in Charing Cross Road empfohlen. Eine Menge von uns tut das jetzt.“
Bertram lachte und erfreute sich so sehr an dem Spaß, wie es einem jungen Mann, der zwar noch nicht bis zu „abgelegenen Sachen“ gesunken ist, keinem Schneider aber unangenehm viel Geld schuldet, nur möglich ist.
„Die Zeiten werden immer schlechter“, bemerkte er.
Lord Ottery blieb mitten auf dem Trafalgar Square stehen und deutete mit seinem Stock nach dem Turm von Westminster.
„Dort steckt das Malheur“, sagte er. „Diese Leute im Unterhaus haben sich dem Teufel verkauft. Denken nicht ans Vaterland, sondern nur, wie sie ihre Stimmen und Ämter behalten können. Versprechen dem Volk alles Mögliche — den Kopf des Kaisers, deutsches Gold, Unterstützung für alle ohne Arbeit. Wir graut vor der Zukunft. Das Reich gerät in die Hände der Juden. Blicke nur nach Indien. Die Regierung schmeichelt dem Pöbel. Denk an die Bewerkschaften! Whitehall wimmelt von Stellenjägern, und in England regiert eine korrupte Bureaucratie. Es sind auch schon andere Reiche untergegangen. Wenn wir den Dingen nicht ins Auge schauen, mit fester Hand regieren, die Bestechlichkeit ausrotten, das Volk wieder zur Arbeit zwingen und den revolutionären Geist in den Massen nicht niederstampfen, so verlieren wir unsern alten Platz in der Welt. Ich werd's nicht erleben, Gott sei Dank! Aber du vielleicht!“
Bertram warf seinem Schwiegervater, der so fest neben ihm herging und ab und zu seinen schlecht gestärkten Seidenhut berührte, wenn ihn Vorübergehende grüßten, einen verstoßenen Blick zu. Er erschien ihm wie das leibhaftige Alt-England, dessen Tage bald gezählt waren. Der Krieg hatte neue Männer an die Oberfläche geworfen, vielleicht liberaler von Ideen, geschmeidiger sich an neue Zustände anpassend, dafür aber nicht so tief in England verwurzelt, dem alten Ehrbegriff nicht so treu ergeben, nicht so fest und ehrlich in ihrem, wenn auch mißverstandenen Pflichtgefühl. Die Alten hatten dem Vaterlande in früheren Zeiten gute Dienste geleistet.
Mit ihm verglichen bin ich ein Schwächling, dachte Bertram. Ich bin zwischen alten Traditionen und neuen Idealen hin- und hergerissen und glaube innerlich an beides nicht. Ich bin weder Fleisch noch Fisch. Er aber steht fest auf seinem Standpunkt und wird auch dabei bleiben, bis der Wall durchbrochen ist und er und seinesgleichen verschwinden. Wie lange wird das noch auf sich warten lassen?

Ottery schien auf diese Gedanken zu antworten. „Unser Zeit ist vorüber, ich meine die Zeit der alten Aristokratie in England. Ein kleiner Mann da im Unterhaus hat die Attache eingeleitet, der Krieg und seine Kosten haben das übrige getan. Die alten Güter werden von Kriegsgewinnlern aufgekauft, unsereiner kann sie nicht mehr halten. Sieh dir Holme Ottery an, ich geh' zugrunde, trotzdem ich alles zerfallen lasse.“
Er feuerte tief und wechselte das Thema.
„Wie geht es Joyce?“
Bertram gab guten Bescheid darauf, verschwieg aber seine geheime Herzensangst. Sie hatte sich seitdem verändert, seit das Kind gestorben war, wehrte seine Liebstöngchen ab, zeigte ein wahres Fieber nach Zerstreungen, war feindselig gegen ihn gestimmt, und meist wegen dummer politischer Meinungsverschiedenheiten, Irland zum Beispiel und das Recht der Arbeiter auf ausreichende Löhne. Auch ein Grund zu Zwistigkeiten zwischen Mann und Frau! Aber augenblicklich schien jeder Grund recht zu Streitigkeiten zwischen ihnen. Es war wohl ihr Zustand, die Arme, und sein ganzes eigenes zweckloses Leben.
Blödsinn sprudelte er seinen Wunsch nach Beschäftigung irgendwelcher Art herbor.
„Ich gehöre auch zu jenen Offizieren a. D., von denen Sie vorhin sprachen. Ich muß irgendeine anständige Beschäftigung haben, schon Joyce wegen. Können Sie mir nicht dazu verhelfen?“
Lord Ottery starrte ihn zerstreut an, als stände er vor ihm wie weit von ihm entfernt. Das war sein Blick, wenn er um irgendetwas angegangen wurde.
„Wie? Ich soll dir zu etwas verhelfen? Warum trittst du nicht bei den Schwarz-Gelben ein und jagst die irischen Schufie in die Hölle?“
Bertram lachte verlegen. „Ich habe den Krieg überfall. Außerdem wird's schlecht bezahlt. Lange nicht genug, um mit Joyce ihr Haus in Holland Street zu halten. Ich möchte doch auch mein Teil beitragen.“
Lord Ottery blieb vor dem Herrenhaus stehen und erwiderte das Salutieren des Schuhmanns, indem er an seinen Hut griff.
„Warum trittst du nicht ins Geschäft ein?“ fragte er, als ob das Geschäft nur so eine offene Türe wäre, die jeden einließ. „Das tut man ja heutzutage, wie ich höre.“
Er nickte Bertram zu und schob sich durch den Borhof von Westminster.
Höhere Beziehungen! dachte Bertram bitter. Der Alte würde keinen Finger für mich rühren.
(Fortsetzung folgt.)

Vorträge, Vereine und Versammlungen.



Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Eckbalkenstr. 37/38, Hof 2 St. 2. Etage.
 Adressen: Die demokratischen Leiter der Kameradschaften treffen sich am Donnerstag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, in der Reichsstraße 11, Bernburger Str. 18. — Kameradschaft Eichenberg, Untergruppe Friedrichshagen am Mittwoch, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, Bernburgerstr. 18. — Kameradschaft Eichenberg, Untergruppe Friedrichshagen am Mittwoch, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, Bernburgerstr. 18. — Kameradschaft Eichenberg, Untergruppe Friedrichshagen am Mittwoch, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, Bernburgerstr. 18.

Leinen. — Kameradschaft Eichenberg am Donnerstag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, bei Arndt, Eichenbergstr. 11, Eichenberg. — Kameradschaft Eichenberg am Donnerstag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, bei Arndt, Eichenbergstr. 11, Eichenberg. — Kameradschaft Eichenberg am Donnerstag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, bei Arndt, Eichenbergstr. 11, Eichenberg.

Berliner Arbeiterbund e. V. Ortsgruppe Berlin-Sankt-Nikolaus Sonntag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, im Saal von Hermann Berlin-Sankt-Nikolaus, Berlin-Sankt-Nikolaus-Str. 29-31, in einer vom Reichsbund Deutscher Arbeiter geleiteten öffentlichen Versammlung über das Thema: „Schau dem Reichsbund“.

Wetter für Berlin und Umgegend. Weilt bewölkt mit einzelnen leichten Regenschauern und wenig gehobener Temperatur. — Die Deutschen lieben mild und bewölkt. Besonders im Norden und Westen leichte Regenschauer.

BILLIGE ANGEBOTE

Verkauf soweit Vorrat

Oberhemd 10⁵⁰
Selbstbinder 1²⁵
Selbstbinder 2⁷⁵

Herren-Kleidung

Sakkoanzüge 75⁰⁰
Sakkoanzüge 88⁰⁰
Winterulster 75⁰⁰
Winterulster 88⁰⁰
 Massanfertigung eleganter Herren-Kleidung
 Leipziger Strasse und Alexanderplatz

Wirkwaren

Damen-Hemdchen	1 ⁷⁵	Herren-Hemden	2 ⁴⁵
Damen-Hemdchen	1 ⁹⁰	Herren-Garnitur	5 ⁷⁵
Schlupfhöschen	2 ²⁵	Sportwesten	11 ⁷⁵ 12 ⁵⁰

Rodelgarnituren für Kinder, vier- u. fünfstufig, in vielen Farben, reine Wolle in allen Grössen u. Preislagen

Damen-Strümpfe	48 ⁰⁰	Herren-Socken	45 ⁰⁰
Damen-Strümpfe	90 ⁰⁰	Herren-Socken	75 ⁰⁰
Damen-Strümpfe	1 ⁵⁰	Herren-Socken	1 ⁴⁵
Damen-Strümpfe	2 ⁴⁵	Herren-Socken	2 ⁰⁰

Hosenträger 4⁷⁵
Sportkragen 45⁰⁰
Herren-Sportmütze 1⁷⁵

Schuhwaren

Hausschuhe 2⁹⁰
Schnallenstiefel 4⁵⁰
Lack-Halbschuhe 7⁹⁰ 8⁵⁰
Lack-Spangenschuhe 12⁹⁰
Herren-Schnürstiefel 14⁵⁰

Unsere Spielwaren-Ausstellungen sind eröffnet!

MERDMANN TIETZ

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
 Opernhaus am Königsplatz
 7 1/2 Uhr: Festorstellung für 4. Funkstunde
 Opernhaus am Königsplatz
 7 1/2 Uhr: TOSCA
 Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr: Wallensteins Lager
 Die Piccolomini
 Schiller-Theater
 7 1/2 Uhr: Dr. Kinus
 Volksbühne
 7 1/2 Uhr: Der arme Konrad
 Deutsches Theater
 7 Uhr
 Zum ersten Male: Die tolle Tante und andere Begebenheiten
 Die Komödie
 Eröffnung Sonntag, 1. November, 7 Uhr
 Zum ersten Male: Der Diener zweier Herren
 Regie: M. Reinhardt
 Theater d. J. Rheinhardt
 8 Uhr: Erich XIV.
 Th. z. Nollendorferpl.
 7.30: Die Geliebte Sr. Hohel mit Fritz Massary
 Komödienhaus
 8: Der unwillkürliche Kossak
 Berliner Theater
 7.30 Uhr: Der süße Kavaliere

KOMISCHE OPER

Direktion: James Klein
 8 Uhr Abends 8 Uhr

Diese Revue

„Das hat die Welt noch nicht gesehn“
 übertrifft fraglos alle Revuen der Welt aus folgenden Gründen:
 Die berühmtesten Berliner Bühnenkünstler sind nur bei uns!
 Die Original-Ausstattungen der Pariser Revuebühnen sind nur bei uns!
 Die fabelhaften echten spanischen Tanztruppen sind nur bei uns!
 Wirkliche große dekorative Aufbauten und große Balletts sind nur bei uns!
 Der Marsch ins Wasser (Legende vom Nil)
 Das große Perlen-Ballett mit dem lebenden Diamant
 Die Soldatenburg mit 90 Zwergen und Knaben
 Das Straußfedern-Ballett vorget. v. franz. Mannequins
 Was unter einem Frauenrock alles zu sehen ist usw.
 Lotte Werkmeister, Elsa Berna, Hanna Garina, Mib Helton, Bruno Kastner, Arnold Rink, Paul Westmeier, Siegf. Berlin, Hugo Flink, Heinz Sarnow, Bianca und Just. Juli und Pagan, Cosanova usw.
 Sedenl. herabges. Preise
 Parkett 10 M., I. Rang 8 M., II. Rang 6 M., III. Rang 3 M.
 Tagessk. ununterbr. geöffnet

7 1/2 Uhr Große Volksoper
Don Juan
 Dir.: L. Blech (Premierenbesetzung)

8 Uhr Theater
Apollo-
 Die erste große Revue-Posse
 Das lachende Berlin
 Paul Beckers a. G.
 Senta Söneland
 Eise Balzer-Lichtenslein usw.
 Unter anderem:
 Die lebende Schreibmaschine
 Das Massen-Nimmelsbett
 Die Wembley-Ausstellung
 Parkett 2.50

Kleines Th.
 Heute 4 U. klein, Pr.
 Schneewittchen
 Gr. Märchen-Vorst.
 mit Gesang u. Tanz.
 Täglich 8 Uhr
 Tilla Durieux in
 Ein idealer Gatte
 Tilla Durieux, A. Gendry, H. Reiner, R. Berg, Löffler, Wucherl.

Trianon-Th.
 Heute 4 U. klein, Pr.
 Händel und Gretel
 Gr. Märchen-Vorst.
 mit Gesang u. Tanz.
 Täglich 8 Uhr
Solott
 Erika Glässer
 Jul. Falkenstein
 Ferd. Bonn

Walkalla
 am Rosenthaler Tor
 Großes internationales Varieté-Programm!
 Anfang 8 Uhr
 Preise: 0.40 0.50 1.- 1.50 usw.

WIEN BERLIN
 Unterhaltungs-Varieté
 Eintritt frei
 Großes Programm
 Darstellung
 Täglich 4-Uhr-Tea
 mit dem großen Programm.

Reichshallen-Theat.
 Abends 8 U. u. Stg. nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
 (samt halber Pr. u. halber Absonderg.)
Dönhoff-Brettel: Herrlich. Progr. 1. Art. 7 1/2. Populäre Preise

Rennen zu Karlshorst
 Mittwoch, 29. Okt., mittags 12 Uhr
Parforce-Jagdrennen

Ausschnitten!
Sondervergünstigung
 Ed. Abonnenten des „Vorwärts“ u. der „Angew.“
 Heute Mittwoch, Sonntag u. Sonntag 4 Uhr:
 Kl. Preise Kleines Theater Kl. Preise Schneewittchen
 Großes Kindermärchen mit Gesang und Tanz
 Kl. Preise Heute Mittwoch 4 Uhr: Kl. Preise Trianon-Theater Händel und Gretel
 Großes Kindermärchen mit Gesang und Tanz
 Sonnabend und Sonntag 4 Uhr:
 Kl. Preise Lessing-Theater Kl. Preise Händel und Gretel
 Großes Kindermärchen mit Gesang und Tanz
 Vorzeiger dieses Zeitungsausschnittes zahlte an allen Plätzen nur die Hälfte des Kassenspreises (0.70 M. 1.70 M. usw.) / Billets nur an der Kasse des betr. Theaters ab 3 Uhr am Tage der Vorstellung.
 Täglich abends 8 Uhr:
 Trianon-Theater Kleines Theater
 Erika Glässer in Tilla Durieux in
Lolott Ein idealer Gatte
 Vorzeiger dieses zahlt auf allen Plätzen nur d. Hälfte des Kassenspreises, auf 1. Parkett 25% Ermäßigung!

Ischias
 in 10 Min. Genesung
 nach 100 Jahren
 in 10 Tagen
 schmerzlos
 Hecht Tabakwaren
 Zigaretten, Zigarren
 Tabak billig
 Lindenstr. 81

Goethe-Bühne
 Klosterstr. 43
 Täglich 7 1/2 Uhr:
TOCHTER
 Die natürliche
 Preise: 7.-, 5.-, 3.-
 Abonnenten halbe Kassenpreise

Casino-Theater
 Lützowstr. 17
 Täglich 8 Uhr
Saiaa Weib!
 Saiaa Weib!
 Saiaa Weib!
 Saiaa Weib!
 Saiaa Weib!
 Saiaa Weib!

Varieté-Spielplan
 Rosenbrunn
 Täglich 8 Uhr

Pianos
 zur
Miete
 Ansbacher Str. 1
 1. u. 2. Stock

Am Sonnabend, 29. Okt., verliert unter Raucht. der Maschinenführer:
Richard Klose
 Wiederverkauf Sonntag, 30. Okt., nachmittags 10 1/2 Uhr, im Atrium des Reichsbundes
 Um rege Beteiligung erucht
 Brandheilung der 21 stoff- u. Maschinenführer und Betriebsbandwerker.

Am 27. Oktober, früh 6 1/2 Uhr, verliert unter Raucht. der Maschinenführer:
Albert Charlet
 im nahen vollendeten 67. Lebensjahre
 in tiefer Trauer
Marie Charlet geb. Toll
Johann Charlet
Gertrude Charlet
 Beerdigung am Donnerstag, 30. 10. nachm. 3 Uhr, von der Rabatte im Friedhof der Franz. Kolon. über Friedhof, Kleinstr. 200.

Guter Schlaf ist das Beste
 Me alibetten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör, 5 an matr., an Private, Requiem Bestellungen Katalog 30A frei
Bismarckfabrik Suhl (Thür.)

Der gute Geruch
 der feine Gehalt,
 dazu gehört die „Rotfrosch“-Gestalt!
Erdal
 putzt die Schuhe, pflegt das Leder
 Alleinhersteller Werner & Mertz A.-G. Mainz
 Erdal-Fabrikniederlage Berlin
 Bin.-Lankwitz, Charlottenstr. 33 - Fernspr. Lichterfelde 227

SCALA
 8 Uhr:
VARIÉTÉ
Residenz-Th.
 Dir.: Fel. Meinhardt
 Täglich 8 Uhr:
Die vier Schlaumeler
 Mus. v. W. W. Goetze
 Stg. 1/2 U.: 218 frass
Rose-Theater
 Dir. B. Rose
All-Meldelberg
 Anfang 7.45
Circus Busch
 Tgl. 7.30 u. 8.30 U.
 Nur noch wenig Tage
Oktober-Spielplan!
Auto-Rennen in der Luft!
 Sp. Kampfsport
 Todesstrahlen!
 Abends 8. Schluß:
Wasserschaustück Carmen
 Volksml. Pr. 1.

50 Proz. billiger!
 Einmaliges Reklame-Angebot 1. Tabak
 5 Pakete à 50 Gramm feinsten Shag-Tabak
 „Gewante-Perle“ enthält 20. Ein Versuch wird Sie von der feinsten Qualität unserer Tabaks überzeugen.
Gebüder Aktiende, Hamburg 30
 Kaiser-Wilhelm-Str. 40.

Für Republik und Demokratie!

Aufruf des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Werbe Kameraden!

Endlich, wenn auch reichlich spät, ist der Reichstag aufgelöst worden, dieser Reichstag, der schon 8 Tage nach seiner Wahl dem Volkswillen nicht mehr entsprach. Durch Lügen und Verleumdung gegen die republikanischen Parteien wie sie die Welt bisher noch nicht erlebt, durch demagogische Versprechungen, die deutlich bewiesen, für wie dumme die Deutschnationalen, Böllischen (Nationalsozialisten, Deutschsoziale) und Kommunisten die Wähler hielten, errangen diese Parteien bei der letzten Reichstagswahl einen Erfolg. Wie im Wahlkampf, so haben sich diese Parteien auch im Reichstage benommen. Durch unwürdige Standesmäßige Reden und den übelsten Kaschemmenton wurde das deutsche Parlament zum Gespött der ganzen Welt.

Noch erbärmlicher benahmen sich die Deutschnationalen, Böllischen und Kommunisten in ihrer politischen Tätigkeit. Durch Ablehnung der Gesetze aus dem Dames-Gutachten trieben sie es entweder zu einem neuen Krieg oder zur Aufstellung Deutschlands.

Das Rheinland hatten sie bereits aufgegeben.

Bei diesem Treiben der übelsten Reaktionäre, das das deutsche Volk und nicht zuletzt die Arbeiterschaft, die Beamten, Angestellten, Rentner, Kriegstrüppel, Kriegshinterbliebenen, Witwen und Waisen in die größte Not und in das bitterste Elend gestürzt hätte, marschieren die Kommunisten mit den Verderbern Deutschlands Schulter an Schulter. Oft waren sie sogar führend und übertrafen die Deutschnationalen und Böllischen in ihrem verbrecherischen Treiben.

War das widerwärtige und abstoßende Treiben der Deutschnationalen, Böllischen und Kommunisten vom Standpunkt der deutschen Nation ein Verbrechen, besorgten sie damit die Geschäfte der uns feindlich gesinnten Ausländer, so lehnten ihm die Deutschnationalen die Krone auf durch einen Verrat ihrer eigenen Wähler. Aus berechtigter Wahlfurcht und

um durch einige Ministerseffel an die Reichsfuttertöpfe

zu kommen, stimmte die eine Hälfte für, die andere Hälfte gegen das entscheidende Gesetz aus dem Londoner Vertrage. Durch diese Handlung wurde die würdelose Deutschnationale Partei zum Gespött sowohl des Inlandes wie des gesamten Auslandes. Noch nie hat eine Partei eine solch erbärmliche Rolle gespielt wie die Deutschnationale, die eine Außenpolitik treibt, die zum Verderben, und eine Innenpolitik, die zum Bürgerkrieg und damit zum Untergang Deutschlands führen muß.

Man sollte meinen, daß diese volks- und vaterlandsverräterische Politik und das standesmäßige Treiben der Deutschnationalen, Böllischen und Kommunisten gar nicht mehr zu überbieten ist. Es ist jedoch anders gekommen: Die Deutsche Volkspartei, jene Partei, die sich so oft, die schwarzweißrote Fahne schwenkend, halb republikanisch gebärdete, mit republikanischen Parteien in verschiedenen Regierungen sah, jene Partei wollte mit den Deutschnationalen gemeinsame Sache machen. Noch während des Kampfes um die Gesetze aus dem Londoner Abkommen hat die Volkspartei den Deutschnationalen Ministerstühle versprochen, hat selbst dann noch, als die Deutschnationalen sich bei der Abstimmung halbiert und vor aller Welt lächerlich gemacht hatten, ihre Aufnahme in die Regierung und damit

die Schaffung des Bürgerblods

mit allen Mitteln angestrebt. Die Deutsche Volkspartei ist demnach ebenso reaktionär wie die Deutschnationalen. Sie bewies durch ihr Verhalten, daß sie an Würdelosigkeit die Deutschnationalen, Böllischen und Kommunisten noch übertrifft. Der außenpolitische Schaden, den die Deutsche Volkspartei unserem Volke und Lande zugefügt hat, ist unberechenbar.

Die Treibereien der Volkspartei haben nun zur Auflösung des Reichstages geführt. Die Behauptung der Volkspartei, die Demokraten hätten die Auflösung des Reichstages verursacht, ist genau so unwahr, wie die Behauptung Dr. Stresemanns, die Volkspartei hätte keinen Bürgerblock, sondern nur eine Erweiterung der Regierung nach rechts angestrebt, die nur für die allermeisten Gemüter im Lager der Volkspartei berechnet ist.

Am 7. Dezember d. J. findet die Neuwahl zum Reichstage und zum Preussischen Landtage statt. Dieser Wahltag muß ein Gerichtstag für die Monarchisten und deren Helfershelfer, die Kommunisten, werden.

Kameraden!

Der Wahlkampf hat begonnen. Mit welcher Verlogenheit er geführt wird, zeigen die Wahlaufrufe und Presseäußerungen der Deutschnationalen, Böllischen, Volksparteiler und Kommunisten. Dieser Lügenfeldzug richtet sich jedoch nicht nur gegen die republikanischen Parteien, sondern in erster Linie gegen uns als Reichsbanner. Mit der Hilfe aber werden die Monarchisten und Kommunisten auch wieder zu der brutalsten Gewalt, zu Versammlungsprengungen, tatsächlichen Angriffen usw., wie sie bei der Nachwahl in Ober-Schlesien in Erscheinung traten, greifen. Schön sind die „Vaterländischen“ nach langen Beratungen sich einig, wie sie ihren Lügenfeldzug gegen die republikanischen Parteien und unseren Bund und die Versammlungsprengungen am besten betreiben können. Hier, Kameraden, beginnt unsere Arbeit.

Es darf bei dieser Wahl nicht eine Versammlung der republikanischen Parteien von den Monarchisten und Kommunisten gesprengt werden.

Wir haben als Reichsbannerleute alle Versammlungen der republikanischen Parteien zu schützen, die Ruhestörer, falls Polizei nicht vorhanden, zu entfernen. Aber mit Versammlungsschutz allein ist es nicht getan. Jeder unserer Kameraden hat die Pflicht, mit allen Kräften im Rahmen seiner Partei für deren Sieg und damit für die republikanische Sache zu arbeiten.

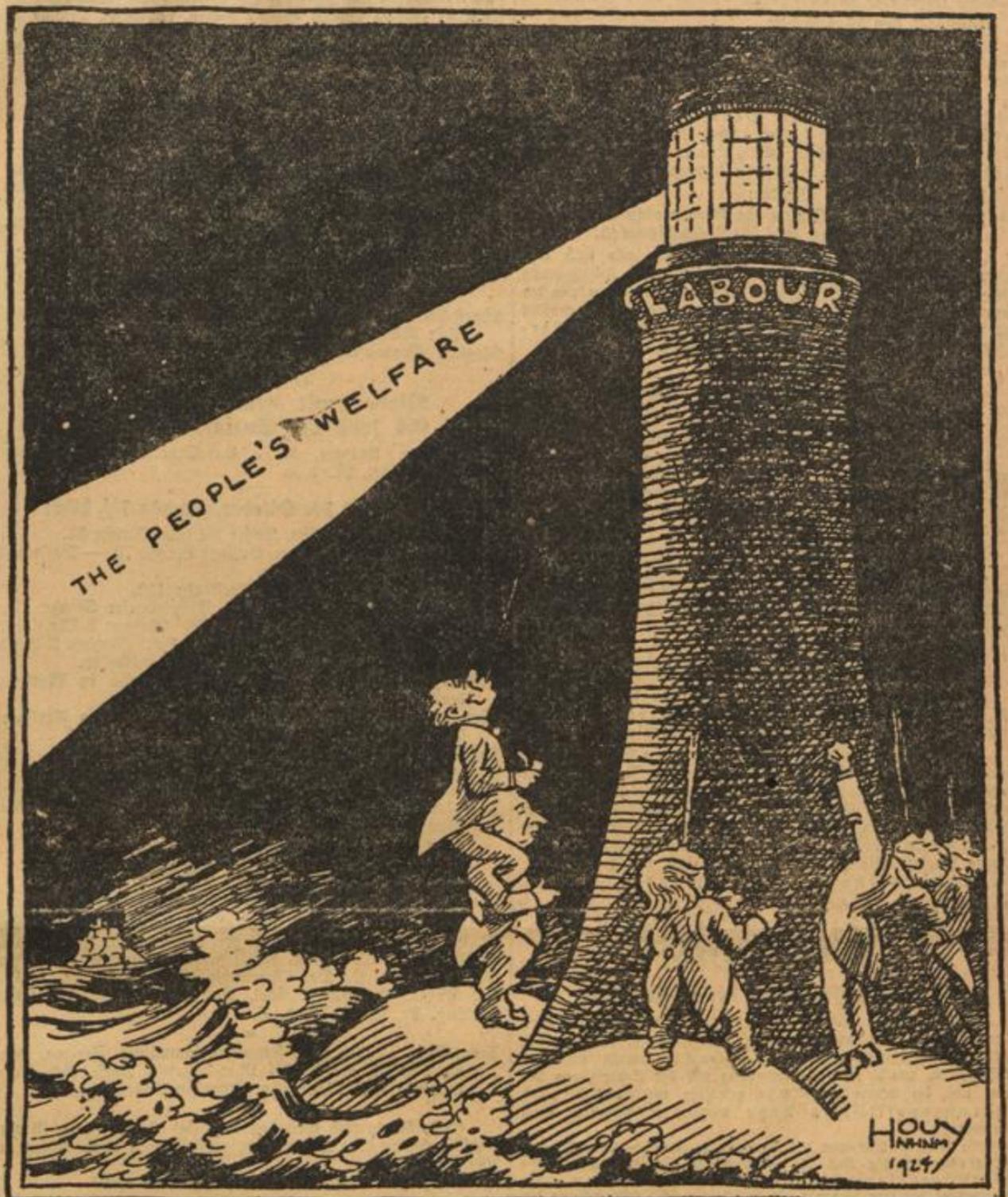
Wir können als republikanische Verfassungskampfer nur die sozialdemokratische, die demokratische und die Zentrumspartei ansehen. Zwergeparteien, auch wenn diese sich republikanisch nennen und es vielleicht auch gut meinen, zersplittern nur die Kräfte und Stimmen und schaden der republikanischen Sache. Sie zu unterstützen haben wir keine Ursache.

Kameraden!

Die genannten republikanischen Parteien, Sozialdemokratie, Demokraten und Zentrum, deren Versammlungen wir zu schützen haben, für die wir mit allen Kräften — jeder für seine Partei — arbeiten werden und müssen, haben große, ja sogar grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten, eins aber haben sie alle gemeinsam:

Zum Wahltag in England.

(Vom Leuchtturm der Arbeiterpartei strahlt das Licht der Volkswohlfahrt.)



Dieses Licht können sie doch nicht auspusten!

(New Leader.)

den Willen zur Erhaltung der Republik!

und damit des Deutschen Reiches. Angesichts dieses hohen Zieles glauben wir, nicht dringend genug sein zu können, die Austragung der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der republikanischen Parteien in Wort und Schrift während dieses Wahlkampfes zu unterlassen. Wir alle haben einen gemeinsamen Feind, die reaktionären Monarchisten und deren Helfer, die Kommunisten. Diese Niederzuringen ist das Gebot der Stunde, darum:

- Schützt die Versammlungen der republikanischen Parteien!
- Arbeitet mit allen Kräften, jeder für seine Partei!
- Unterläßt die Austragung von Meinungsverschiedenheiten während der Wahl!
- Rüttelt alle Säumigen, Männer und Frauen, auf!
- Stärkt unseren Bund, das Reichsbanner, mit allen Kräften!

Die Welt sieht bei diesen Wahlen nicht nur auf die republikanischen Parteien, sondern auch auf das Reichsbanner.

Darum, auf zum Wahlkampf mit allen Kräften, der Sieg wird und muß unser sein!

Nieder mit den monarchistischen, reaktionären Deutschnationalen und Volksparteilern, den Böllischen und den verräterischen Kommunisten, die unser Volk und Land an den Abgrund gebracht haben und dieses Treiben vereint fortsetzen.

Hoch die Republik und die republikanischen Parteien!
Sozialdemokratie, Demokraten und Zentrum!
Hoch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold!

Der Bundesvorstand.

Kommunistischer Hintopp.

Ein Film der „Roten Fahne“.

Wir verzichten auf jeden Kommentar; wir geben nur Überschriften und Ranschetten der „Roten Fahne“ aus den letzten vierzehn Tagen der Regierungskrise wieder. Zwischen durch einige Zitate aus den „sichtlosen“ Erläuterungen, mit denen das Kommunistenblatt seine marktchreierische Unwissenheit zu begleiten beliebte. Wer dann noch nicht begreift, daß die Kommunisten in der Entwicklung der innerpolitischen Krise nur die Rolle des dummen August zu spielen vermögen, dem ist nicht zu helfen. Dem kleinen Häuflein dieser

Unbefeherbaren wollen wir gerne das Vergnügen lassen, am 7. Dezember kommunistisch zu wählen. Die Arbeitermassen haben den Unfug der SPD. längst satt, sie werden diesen Arbeitervertretern die Quittung geben, die sie verdienen.

Freitag, den 3. Oktober:

Der Schacher hat begonnen. — Die SPD. als kostlose Zugabe.

Sonnabend, den 4. Oktober:

Die SPD.-Führer erklären sich für die Koalition mit den Deutschnationalen. — Sozialdemokratische Arbeiter, wollt ihr euch mit Tirpitz koalieren?

Sonntag, den 5. Oktober:

Vertrauensmänner Nollets für das Westarp-Kabinet.

Montag, den 6. Oktober:

Zur Tirpitz-Silberding-Koalition.

Dienstag, den 7. Oktober:

Die Bedingungen der Deutschnationalen als Regierungsprogramm. — Frisch SPD.-Vogel oder stirb.

Mittwoch, den 8. Oktober:

Sie betteln nochmals um Aufnahme in die Tatwed-Koalition Herzt-Weid.

Donnerstag, den 9. Oktober:

Die SPD.-Reichstagsfraktion für die Koalition mit den Deutschnationalen.

Es ist klar, daß die SPD.-Führer die Bedingungen der Deutschnationalen schlucken werden. Haben sie ja bisher als Minister schon gegen die berechtigten Arbeitskämpfe der Proletarier mit allen Mitteln Front gemacht. Die Arbeiterschaft, die aber weiß, was gespielt wird, muß sich gegen die Verflawungscoalition zum Kampfe sammeln, die deutschnationalen Bedingungen wie die mit ihnen konformen Richtlinien des Zentrumslanziers zertrüßern.

Freitag, den 10. Oktober:

Trotz allen Betteln — doch ein Fußtritt für die SPD.-Führer.

Dem Geschrei von der Reichstagsauflösung kommt immer weniger Bedeutung zu. Die sozialdemokratischen Führer werden auch nach dem jetzigen Fußtritt wieder antrieben. Wer glaubt, daß sie nun dem Marx-Kabinet oder einem

Bürgerblock ernsthafte Opposition machen würden? Sie werden sich wieder auf alle Fälle als anonyme Teilhaber einfänden... Die Arbeiterklasse sieht mit Verachtung auf dieses triebende Geschmeiß der gekauften Partei.

Sonnabend, den 11. Oktober:
Der Schacher geht also lustig weiter. Das Proletariat weiß aber schon längst, daß wie das künftige Kabinett auch aussieht, es eine von den Deutschnationalen beherrschte Bürgerblockregierung sein wird, mit Unterstützung der SPD-Führer. Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, ihre Reihen unter Führung der KPD zu wuchtiger Gegenwehr zu mobilisieren.

Mittwoch, den 15. Oktober:
„Das vorläufige Weiserbestehenlassen der Marx-Regierung mit deutschnationalen Hochmilitären à la Kautz scheint die Lösung zu sein, zu der auch die Deutsche Volkspartei immer mehr hinneigt. Der sozialdemokratische Unterstützung ist eine solche völlig von den Deutschnationalen beherrschte Regierung sicher, schon weil die SPD-Führer in ihrer schlotternden Angst vor einem neuen Wahlkampf es nicht zu Neuwahlen kommen lassen wollen.“

Donnerstag, den 16. Oktober:
Die Demokraten unterstützen ein Reichskabinett. — Vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen.
„Die sozialdemokratischen Führer haben jetzt also noch dem Führer den ihnen der Zentrumstarke Marx bereits freilich genug erteilt, hatte, auch noch die Führer der Zentrumskolonnen und der Demokraten bekommen. Jetzt wird der schwarze Block gebildet und den SPD-Führern wird doch nur erlaubt, ohne Minister-sitze dieses Kabinetts zu unterstützen.“

Sonnabend, den 18. Oktober:
Vier deutschnationale Reichsminister
Sonntag, den 19. Oktober:
Ebert für deutschnationale Regierung.
„Mag der 'Vorwärts' abschwindeln, soviel er will. Der ehrliche Fritz Ebert traut ihm einseitig. Er erkennt offen die Haltung der Sozialdemokratie, und die ist: Im vollen Einverständnis mit Wilhelm Marx für die Aufnahme der Herzt, Schiele und Korfforten.“

Montag, den 20. Oktober:
„Das Verhalten des Sozialdemokraten Ebert läßt auch nicht den geringsten Versuch eines 'unerbittlichen Kampfes' erkennen. Nicht einmal zur Reichstagsauflösung will er schreiben.“

Dienstag, den 21. Oktober:
Der Dawes-Reichstag aufgelöst.
„Der Erfüllungsbund von Crispian bis Tirpitz weiß, daß eine andere kommunistische Partei jetzt an der Spitze der Massen steht, als es noch 1923 der Fall war.“

In der Tat, wir wissen, daß eine andere kommunistische Partei heute an der Spitze der alleräußersten Nachhut der Arbeiterbewegung marschiert. Der Blödsinn, mit dem die kommunistischen Führer ihre Hege gegen die Sozialdemokratie betreiben wollen, ist zu offenkundig, als daß er noch auf irgend jemand wirken könnte. Die KPD, von heute ist allerdings eine andere Partei. Sie ist keine Arbeiterpartei, sie ist nur noch die letzte Hoffnung der Reaktion!

Wirtschaft

Die nächsten Aufgaben der Kreditpolitik.

In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank, der ersten nach der Neugestaltung, erstattete der Vorsitzende, Reichsbankpräsident Dr. Schacht, Bericht über die Maßnahmen, welche im Zusammenhang mit der Ueberleitung der Bank auf die neuen Verhältnisse getroffen worden sind. Zur währungspolitischen Lage machte er folgende Ausführungen:

Mit dem Inkrafttreten des Bankgesetzes und der Durchführung der großen Anleihe sind die Maßnahmen für die deutsche Währungsreform fürs erste abgeschlossen. Die Rentenmark hat ihre Aufgabe als Brücke zur Wiederherstellung der Goldwährung erfüllt; jetzt wird es darauf ankommen, die deutsche Wirtschaft in ihrer Zahlungsbilanz dauernd aktiv zu machen. Größte Sparjamkeit im Innern und Verbilligung der Produktion sind hierfür Bedingung. Dadurch gewinnt das Preisproblem heute stärkste währungspolitische Bedeutung.

Ich möchte mich hierbei auf die Erörterung derjenigen Maßnahmen beschränken, die die Reichsbank in erster Linie angehen.

1. Die Bereitwilligkeit des Auslandes zur Kreditgewährung an Deutschland wird gelähmt durch das systemlose Hinterherlaufen hinter dem ausländischen Kapital seitens eines Heeres von unberufenen Vermittlern, ferner dadurch, daß ausländische Kredite nicht nur für lebensnotwendige, wirklich produktive Zwecke gesucht werden, sondern auch insbesondere von öffentlichen Körperschaften, die im Interesse der deutschen Wirtschaft besser auf die Verwendung ausländischer Gelder verzichteten sollten. Soweit diese Körperschaften ihre Einnahmen aus Steuern und Abgaben, nicht aber aus wirtschaftlichen Betrieben ziehen, ist die allgrößte Zurückhaltung in der Aufnahme ausländischer Kapitals dringend geboten. Erst dann wird auch das ausländische Kapital nicht auf hohe einmalige Provisionsgewinne sehen, sondern auf dauernde gesunde Anlage bei wirtschaftlich vertretbaren Zinssätzen. Für kommunale Volkswirtschaftszwecke ist nur soweit Raum, als die eigenen Ersparnisse des Landes dies erlauben. Ich halte es deshalb für dringend erforderlich, daß zentral geleitete Maßnahmen ergriffen werden, um die Verschuldung öffentlicher Körperschaften insbesondere an das Ausland unter eine wirksame Kontrolle zu nehmen, und begrüße den von der preussischen Regierung in dieser Hinsicht gemachten Anfang.

2. Eine solche Kontrolle ist um so wichtiger, als schon jetzt die Kommunen infolge des schematischen Finanzausgleichs und im Rahmen ihrer eigenen Verteilungsfreiheit die Wirtschaft ohne Not in einem Ausmaß belasten, das dringend der Minderung bedarf. Wenn diese Belastung Kommunen in den Stand setzt, nicht nur der Zeit entbehrliche Erweiterungen zu machen, sondern sogar auf eigene Faust Schuldenaufwertungen vorzunehmen, die das Reich als Ganzes sich unter dem Zwange der Not verlegen muß, so zeigt dies, wie sehr eine solche finanzpolitische Desorganisation verbunden mit der Ueberlastung der Wirtschaft der Abklärung bedarf.

3. Wenn die Stabilisierung der deutschen Währung nur durch den entschiedenen Bruch mit allen Inflationsauffassungen gelungen ist, so werden wir die Konsequenzen dieser Volkswirtschaft auch da ziehen müssen, wo die Inflation mit am stärksten geschadet hat, nämlich auf dem Gebiete des Bank- und Kreditwesens. Ich stelle mit Genugtuung fest, daß die Reichsbank bei ihren Bemühungen, die Zinssätze herunterzubringen, nirgends auf bösen Willen stoßen ist. Dagegen besteht auf dem Gebiete des Bank- und Kreditwesens heute noch eine Ueberproduktion, die leider naturgemäß dem Herabdrücken der Zinssätze entgegenwirkt. Der Umstand, daß neben den üblich ins Kraut geschossenen privaten Neu-

gründungen der Inflationszeit zahllose kommunale Bankorganisationen mit neuem Betrieb neu entstanden sind, daß die große Mehrzahl aller Sparkassen sich heute mit Kredit- und Kreditvermittlungsgeschäften befaßt, daß jede staatliche oder Reichsanstalt, die über öffentliche Gelder verfügt, oder mit öffentlicher Unterstützung Gelder an sich zieht, sich für berufen hält, der deutschen Wirtschaft mit Krediten unter die Arme zu greifen, bemerkt bei dem schreitenden Mißverhältnis von Wollen und Können eine Verleugung der Tatsache und Propagationen, die für das Wirtschaftswesen unerträglich ist. Diese Verhältnisse haben außerdem dazu geführt, wie die Ereignisse der letzten Wochen und Monate gezeigt haben, daß infolge Unerfahrenheit und Verwirrtheit der Institute entstanden sind, die unter der strengen Organisation der Vorkriegszeit niemals möglich gewesen wären, und deren Deckung zu

Auf zum Wahlkampf!

Öffentliche Wählerversammlungen:

Niederschönhausen: Heute, Mittwoch, den 29. Oktober, 7 1/2 Uhr: Schloß Schönhausen, Lindenstr. 11. Thema: „Warum wurde der Reichstag aufgelöst?“ Referent: Artur Crispian. — Die Genossen von Pantow sind eingeladen.

Donnerstag, den 30. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
Kreuzberg und Kreuzberg: im großen Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide.

Charlottenburg: Hohenzollern-Festhalle, Berliner Straße 105 (Ecke Wilmersdorfer Straße).

Steglitz: Gymnasium, Heefstraße.

Tagesordnung:

**Nieder mit dem Bürgerblock!
Es lebe die Sozialdemokratie!**
Redner: Kuttner, M. d. L., Severing, Minister des Innern, Ströbel, M. d. R.

Freitag, den 31. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
Berlin-Mitte: Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.

Tiergarten: Arminiushallen, Bremer Straße 73. — Nationalhof, Bülowstraße 37.

Wedding: Germaniafeste, Chausseestraße 119.

Spandau: Restaurant Parkhalle, Pichelsdorfer Straße.

Wannsee: Reichsadler, Königstraße 26. (Beginn 8 Uhr.)

Zehlendorf: Lindenpark, Berliner Str. 108. (Beginn 8 Uhr.)

Friedenau: Rathaus (Bürgerhaal), Am Lanterplatz.

Tempelhof-Mariendorf: Aula Kurfürstenstraße in Mariendorf.

Ober- und Niederschöneweide, Johannisthal: Aula Berliner Straße in Niederschöneweide.

Nichtenberg: Schulaula Parkau.

Weißensee: Aula Realgymnasium, Woelckpromenade.

Pantow: Konzerthaus Linder, Breite Straße 34.

Reinickendorf-Legel: Schützenhaus in Reinickendorf-Ost, Reifendstraße 1/2.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
**Nieder mit dem Bürgerblock!
Es lebe die Sozialdemokratie!**
Redner: Kuffhäner, M. d. R., Clara Bohm-Schuch, M. d. R., Crispian, M. d. R., Dr. Freund, M. d. L., Paul Hirsch, M. d. L., Heinig, Regierungsrat Joachim, Künstler, Kuttner, M. d. L., Dr. Löwenstein, Otto Meier, M. d. L., Dr. Moses, Heinrich Ströbel, M. d. R., Heinrich Schulz, Stellung, Dr. Wehl, M. d. L.

Tempelhof: Öffentliche Frauenversammlung Freitag, den 31. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Nyneum, Dorj., Ecke Germaniastraße. Referentin: Genossin Todenhagen.

**Genossinnen und Genossen Berlins! Hamburg ist ein Vorbild, hinter dem Berlin nicht zurückbleiben darf. Auf zum Wahlkampf!
Sorgt für Massenbesuch der Versammlungen!**

einem großen Teil wiederum aus den Taschen der Steuerzahler erfolgen muß. Soweit Geldorganisationen unter besonderen Gesetzes- oder Verwaltungsvorschriften stehen, wird eine Rückkehr zur früheren Ordnung der Dinge unerlässlich sein.

4. Jetzt: diese ganze Entwicklung, daß mit den vorhandenen, an sich bestehenden Kapitalersparnissen unwirtschaftlich umgegangen wird, so ist mit prohibitiven Maßnahmen allein hier nicht geholfen. Vielmehr wird es Aufgabe der Gesetzgebungsorgane sein, die diesen Kapitalersparnissen und sonstigen Geldern, die sich unter besonderem behördlichen Schutz oder behördlicher Kontrolle entwickeln, in ihrer richtigen Verwendung zu beeinflussen, wie dies vor dem Kriege durchweg der Fall gewesen ist. Dies gilt insbesondere von Sparkassen- und Versicherungsvereinen, sowie von Geldern gewisser öffentlicher Kassen, die keinesfalls im risikofreien, kurzfristigen, hochverzinslichen Kreditverkehr, sondern in langfristiger, langfristiger, langfristiger Anlage, insbesondere für die vom Anwohnerkredit nahezu entblößte Landwirtschaft, verwandt werden müssen.

Das ganze Volk, und insbesondere jeder, der mit Geldausleihen zu tun hat, muß einsehen, daß es in einem verarmten Lande unmöglich ist, durch unersättliche hohe Zins- und Provisionenbesetzung das Verlorene in kurzer Frist wieder zu gewinnen, sondern daß es einer langen systematischen Arbeit bedarf, um durch eine international leistungsfähige Produktion das Nationalkapital allmählich wieder aufzubauen.

Zur Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes.

Die ausführlichen Ergebnisse der deutschen Arbeitsmarkterichterstattung, die jetzt vom „Reichsarbeitsblatt“ für den Monat September veröffentlicht werden, sind diesmal von besonderem Interesse. Die allgemeine Arbeitsmarktlage steht im Zeichen einer leichten Besserung. Nicht zuletzt ist diese darauf zurückzuführen, daß durch die Annahme des Dawes-Plans die gewaltige Unsicherheit beseitigt wurde, die vorher lähmend über dem deutschen Wirtschaftsleben lag. Ist auch die Besserung vorläufig nur gering, so ist sie doch ein Beweis dafür, daß die Geschäftstätigkeit wieder aufgelebt ist.

Die Zahl der bei den gesetzlichen Krankenkassen versicherungspflichtigen Mitglieder betrug am 1. September 11,43 Millionen, am 1. Oktober 11,6 Millionen. Die Zunahme der Beschäftigten beträgt also nach vielen Berichten, die 2214 Kassen umfassen, 1,5 vom Hundert.

Ebenso kommt eine Besserung der Lage in den Statistiken der Gewerkschaften über die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zum Ausdruck. Die Arbeitslosenziffer vermindert sich von

12,4 auf 10,5, die Kurzarbeit von 27,5 auf 17,5 v. H. der Mitglieder. Soweit die Arbeitszeitverlängerungen kontrolliert wurden, ist festzustellen, daß gerade die vorher am stärksten eingeschränkten Betriebe ihre Arbeitszeit wieder ausdehnen konnten. Wesentlich zurückgegangen sind vornehmlich die Arbeitszeitverlängerungen, die mehr als 17 Stunden die Woche betragen.

Diese Geschäftsfeststellungen schließen natürlich nicht aus, daß in einzelnen Berufen die Besserung noch wenig oder gar überhaupt nicht zu spüren war. So ist bei den Metallarbeitern die Arbeitslosigkeit nur wenig zurückgegangen, dagegen hat die Kurzarbeit in diesem Berufe sich sehr nachgelassen. Andere Berufe, wie die Porzellanarbeiter, die Fabrikarbeiter und die Lebensmittel- und Getränkearbeiter, meldeben einen unveränderten oder etwas vergrößerten Bestand an Arbeitslosen. Auch bei den Verkehrsarbeitern trat die Besserung bis Ende September noch wenig zutage. Hingegen ist die Besserung bei anderen Gewerkschaften unverkennbar. So ist bei den freigeschäftlichen Holzarbeitern in der Berichtzeit die Arbeitslosigkeit von 15,2 auf 11,9, die Kurzarbeit von 18,9 auf 11,7 Proz. zurückgegangen. Auch bei den Tabakarbeitern und bei den Bekleidungsarbeitern besserte sich die Lage wesentlich.

Nach den Monaten fortgesetzt zunehmender Arbeitslosigkeit ist diese leichte Entspannung der Lage am Arbeitsmarkt von größter Wichtigkeit. Es ist noch verfrüht, weitgehende Schlüsse aus dieser Wendung zu ziehen. Es ist denkbar, daß es sich hier nur um eine Saisonerscheinung handelt und daß ein neuer Rückschlag erfolgt, wenn die Produzenten die geringe Besserung der Konjunktur schon wieder zu neuer Preistreibererei ausnutzen. Immerhin muß verzeichnet werden, daß auch diese Besserung der Gesamtlage unermesslich gewesen wäre, wenn bei einer Ablehnung der Dawes-Gesetze die deutsche Wirtschaft weiter stärksten Kreditbeschränkungen ausgelegt geblieben wäre. Die kommunistische Presse macht sich die Sache sehr leicht. Nachdem die Kommunisten gegen den Londoner Vertrag gestimmt haben, bringt ihr Zentralorgan nur noch Meldungen über Betriebsstilllegungen und keine einzige über bessere Beschäftigung. Es ist das alte System: Wenn man erst einmal unrettbar geholt hat, so muß doppelt darauf losgeschwindelt werden. Die Ergebnisse der Arbeitsmarkterichterstattung, die nicht von Kapitalisten, sondern von Krankenkassen und von den Gewerkschaften gemacht wird, beweist jedenfalls schlagend, daß bei vielen einzelnen Betrieben über Arbeitszeitverlängerungen und Betriebsstilllegungen noch mehr andere gegenüberstehen, aus denen eine Besserung des allgemeinen Beschäftigungsgrades hervorgeht.

Keine Senkung der Stickstoffpreise!

Am Hand von Urteilen Sachverständiger hat kürzlich Professor Sering festgestellt, daß die Stickstoffpreise um mindestens 25 Proz. gesenkt werden könnten. Eine solche Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktionskosten wäre auch für die ländliche Arbeiterklasse sehr erwünscht, weil die Schulzpropaganda der Großgrundbesitzer in demselben Maße häufig wird, in dem es gelingt, die Betriebsmittel der Landwirtschaft in Preisen zu senken. Auffallend ist, daß die agrarische Presse bisher auf die Feststellungen Serings kaum reagiert hat.

Das Stickstoffyndikat veröffentlicht jetzt sogar eine Mitteilung, aus der hervorgeht, daß man an einen weiteren Abbau der Stickstoffpreise nicht denkt. Festgehalten werden aus dem Kommuniqué des Syndikats folgende Ausführungen:

Von allen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln sind die Stickstoffdüngemittel die billigsten. Der Preis des Stickstoffs im schwefelsauren Ammoniak liegt heute rund 20 Proz. unter den Vorkriegspreisen und sogar rund 40 Proz. unter dem gegenwärtigen Höchstpreis.

Im Gegensatz hierzu liegen die Preise der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse heute wesentlich über den Vorkriegspreisen. Der Landwirt kauft infolgedessen den Stickstoff mit einer viel kleineren Menge seiner Erzeugnisse, als vor dem Kriege; z. B. waren vor dem Kriege zur Anschaffung von 100 Kilogramm schwefelsaurem Ammoniak rund 160 Kilogramm Roggen erforderlich, gegenwärtig dagegen wenig über 100 Kilogramm Roggen.

Daraus geht hervor, daß schon jetzt die Landwirtschaft eine ihrer wichtigsten Bedarfswaren wesentlich vorteilhafter beziehen kann als vor dem Kriege, daß also die Geschäftskosten keineswegs mehr in einem solchen Widerspruch zu den Preisen stehen, wie das etwa während der Sommermonate der Fall war. Trotzdem wird man sich mit den Ausführungen des Syndikats nicht zufrieden geben dürfen. Die Preise für Betriebsmittel der Landwirtschaft müssen soweit gesenkt werden, als das irgend denkbar ist, damit auf diese Weise die Annäherung künstlicher Düngemittel zur intensiven Kultur möglichst rentabel wird. Dann ist jede unnütze Verteuerung des Getreides durch Zölle überflüssig. Diese Auffassung wird, wie kürzlich bei uns dargelegt worden ist, auch von dem bekannten Agrarwissenschaftler Professor Verbeke geteilt. Wenn das Syndikat verhandeln will, daß die Aufträge nicht zu spät erteilt werden, so sollte es daher jetzt den notwendigen weiteren Preisabbau sofort vornehmen. Weigert es sich jedoch, so wäre endlich eine öffentliche Untersuchung darüber notwendig, in welchem Ausmaß die Stickstoffpreise gesenkt werden können, wenn man die Kalkulationsgrundlage ändert. Heute sind die Preise so hoch, daß auch unwirtschaftliche arbeitende Betriebe mit ihnen auskommen, daß auf der anderen Seite aber die großen Werte des Anilin Konzerns gewaltige Uebergewinne einstreifen. Die Zeit ist eher vorüber, wo einzelne Uebernehmungen aus ihrer Monopolstellung derartige Uebergewinne ziehen dürfen.

Die Neuorganisation des nordamerikanischen Getreidehandels. Für den größten nordamerikanischen Getreidehändler haben ihre Getreidelagerhäuser in einer Anzahl nordamerikanischer Städte mit Geschäfte an eine neuorganisierte Genossenschaft der getreidebauenden Landwirte übertrugen. Die Getreidefirmen belassen ihre Getreidelagerhäuser in einer Anzahl nordamerikanischer Städte mit einem Fassungsvermögen von über 50 Millionen Bushel und einem großen Geschäftsvolumen. Hinter der Neuorganisation steht der amerikanische Landbund. Die Landwirte erhalten die volle Kontrolle über das neue Unternehmen. Die Vorteile der Neuorganisation sollen außer in den durch die Vereinigung der fünf Firmen zu erzielenden Betriebsersparnissen in einer beträchtlichen Besserung der Methoden des Getreidehandels bestehen. Der Erfolg soll unter ständiger Berücksichtigung der Produzenten und Konsumenten erfolgen. Die bisherigen Profite der Getreidehändler sollen auf Landwirte und Verbraucher verteilt werden. Man hofft, daß unter dem neuen Verfahren die Landwirte je 6 bis 8 Centis pro Bushel mehr als bisher erhalten werden. Die Bedingungen der Geschäftsübertragung sind für die Landwirte sehr günstig. Sie müssen den Kaufpreis erst allmählich nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit bezahlen. Man fragt sich, warum sich die Geschäftskreise zu dieser Information ihrer Geschäfte entschlossen haben. Der Grund dafür ist, daß dank der steigenden politischen Macht der Landwirte die nationale Vereinigung und Kontrolle des Getreidehandels von Jahr zu Jahr zunimmt, was die Inhaber der großen Geschäftshäuser zum Rücktritt von der selbstständigen Tätigkeit zur Uebertragung ihrer Geschäfte an die Großgenossenschaft veranlaßt hat.